



Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen Rundschreiben 02 / 2018



Heiko Hendriks

Foto: MKW

Liebe Leserinnen und Leser,

im Februar dieses Jahres hat sich der neue Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen konstituiert und bereits im Juni hat eine weitere Vollversammlung stattgefunden. Dieses Mal nicht – wie sonst üblich – in Düsseldorf, sondern in Wiehl-Drabenderhöhe. Mit dieser auswärtigen Sitzung wollen wir deutlich machen, dass der Landesbeirat seine Arbeit zukünftig stärker dezentral ausrichten wird.

Zum ersten Mal war der Landesbeirat somit bei den Siebenbürger Sachsen zu Gast, denn die Drabenderhöhe ist eine Siedlung, die in den 60er Jahren für die Siebenbürger Sachsen errichtet worden ist. Heute leben zwar in ganz Nordrhein-Westfalen Siebenbürger Sachsen, aber diese Siedlung im Bergischen Land ist immer noch so etwas wie der kulturelle und soziale Mittelpunkt der (organisierten) Siebenbürger Sachsen. An dieser Stelle bedanke ich mich noch einmal im Namen des Landesbeirats bei allen Mithelfenden und Gesprächspartnern, insbesondere auch bei dem Landesvorsitzenden der Siebenbürger Sachsen in NRW Rainer Lehni, für die Gastfreundschaft und die gute Organisation vor Ort.

Eine weitere Vollversammlung fand im Oktober in Düsseldorf statt. Bei dem Treffen diskutierten die Mitglieder u.a. über Konzepte zur politischen Bildung für Deutsche aus Russland sowie über die Ausgestaltung des Schülerwettbewerbs Begegnung mit Osteuropa, der vor 65 Jahren auf Initiative der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge ins Leben gerufen worden war, um die Erinnerungen an die alte deutsche Heimat, die Geschichte und Kultur wachzuhalten.

Im August hat das Integrationsministerium den Startschuss für das Projekt „Intra- und interkulturelle Bildung für Organisationen der Deutschen aus Russland“ mit dem Projektpartner Otto Benecke Stiftung gegeben. Die Initiative

für das Projekt war bereits im Jahr 2016 vom Landesbeirat ausgegangen. Ich denke nicht nur – ich freue mich, dass es nunmehr startet!

70 Jahre! So alt oder so jung, je nach Sichtweise, ist unser Landesbeirat in diesem Jahr geworden. Aus diesem Anlass hat am 6. November im Beisein des Ministerpräsidenten Armin Laschet, über dessen Festrede wir uns alle sehr gefreut haben, und weiterer hochrangiger Persönlichkeiten aus Politik und Kultur im Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf ein Festakt mit über 100 geladenen Gästen stattgefunden. Einen ausführlichen Bericht mit zahlreichen Bildern über diese besondere Veranstaltung finden Sie natürlich in diesem Rundschreiben.

Lassen Sie mich auch noch erwähnen, dass für die Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus ein neues Kuratorium bestellt worden ist und dieses in seiner konstituierenden Sitzung im Oktober 2018 einen neuen Stiftungsvorstand gewählt hat. Der Landesbeirat hat mit Werner Jostmeier ein Mitglied in den Vorstand entsandt und mich in das Kuratorium gewählt. Somit ist auch weiterhin gewährleistet, dass der Landesbeirat die wertvolle (Bildungs-) Arbeit des Gerhart-Hauptmann-Hauses aktiv mitgestalten kann. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen beim Lesen des neuen Rundschreibens und schon jetzt eine schöne Vorweihnachtszeit!

Ihr Heiko Hendriks



Vorsitzender des Landesbeirates für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen

Inhaltsverzeichnis

1	Kurz notiert	4
2	Wettbewerbe / Projektförderungen Stipendienprogramme	20
3	Tagungen / Veranstaltungen / Ausstellungen Bildungsangebote	24
4	Nachrichten aus der evangelischen und katholischen Aussiedlerarbeit	33
5	Mitteilungen von Stiftungen, Verbänden und Vereinen	34
6	Veröffentlichungen	45

1

Kurz notiert

Spätaussiedlerzahlen in Nordrhein-Westfalen

In diesem Jahr sind in Nordrhein-Westfalen bis einschließlich Juli 708 Spätaussiedler (einschließlich Familienangehörige) aufgenommen worden. Davon kamen 328 Spätaussiedler aus Russland, 245 aus Kasachstan, 13 aus Kirgistan, 92 aus der Ukraine, 15 aus Weißrussland, zwei aus Aserbaidschan und vier aus Moldawien, vier aus Polen und einer aus Bulgarien.

- ▶ www.kfi.nrw.de/wissenstransfer/statistik2/NRW-weite-Zahlen/2018/Monatsbericht-2018-07.pdf

Aufnahmezahlen bundesweit

In der Bundesrepublik sind in diesem Jahr bis einschließlich Juli 3.377 Spätaussiedler (einschließlich Familienangehörige) aufgenommen worden. Davon kamen 1.596 aus der Russischen Föderation, 1.101 aus Kasachstan, 455 aus der Ukraine, 42 aus Weißrussland, 36 aus Usbekistan, 63 aus Kirgistan, 18 aus Georgien, 2 aus Aserbaidschan, 7 aus Turkmenistan, 40 aus Moldawien, 6 aus Polen, einer aus Rumänien, je eine Person aus Bulgarien sowie Tschechien.

Von den in diesem Jahr bisher aufgenommenen Spätaussiedlern sind nur 843 Personen deutsche Volkszugehörige im Sinne des § 4 BVFG; weitere 1.969 Personen Ehegatten und Abkömmlinge gemäß § 7 BVFG und 565 weitere Familienangehörige im Sinne des § 8 BVFG.

- ▶ www.bva.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BVA/Staatsangehoerigkeit/Aussiedler/Statistik/07_18_Monatsstatistik.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Landesbeirat tagte am 29. Oktober in Düsseldorf



Im Oktober 2018 kam der Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedler zu seiner 3. Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen, neben dem Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden, vor allem der Austausch zu den Themen „Schülerwettbewerb Begegnung mit Osteuropa“ und „Politische Bildung für Deutsche aus Russland“. Des Weiteren wurde das Projekt „Inter- und intrakulturelle Bildung für Spätaussiedler“ vorgestellt. Außerdem diskutierten die Mitglieder über die Gestaltung des nächsten „Tages der neuen Heimat“, der am 1. Februar 2019 stattfinden wird. An der Sitzung haben als Gäste unter anderem die beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft für die Themen „Politische Bildung“ und „Wettbewerb Begegnung mit Osteuropa“ sowie Kulturpflege der Vertriebenen zuständigen Ansprechpartner teilgenommen.

Der Landesbeirat wird sich am 18. März 2019 zu seiner nächsten Sitzung treffen.

Festveranstaltung „70 Jahre Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen“ – Ministerpräsident Laschet würdigt Arbeit des Landesvertriebenen- und Spätaussiedlerbeirats



v.l.n.r Landtagsvizepräsident Oliver Keymis MdL, Integrations-Staatssekretärin Serap Güler, Ministerpräsident Armin Laschet MdL, Vorsitzender des Landesbeirat Heiko Hendriks, Parl. Staatssekretär Klaus Kaiser MdL beim Festakt

Auf Einladung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Klaus Kaiser und des Vorsitzenden des Landesbeirates für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, Heiko Hendriks, hat Ministerpräsident Armin Laschet im Rahmen seiner Ansprache bei einem Festakt am 6. November 2018 im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus zum 70-jährigen Bestehen die Arbeit des Gremiums gewürdigt.



Ministerpräsident Armin Laschet begrüßt einzelne Anwesende hier: die Vertreter der Siebenbürger Sachsen



Parl. Staatssekretär Klaus Kaiser heißt die ca. 100 Gäste im Gerhart-Hauptmann-Haus willkommen und überbringt herzliche Grüße und Glückwünsche von Kulturministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen



Ministerpräsident Armin Laschet hält die Festrede

1 Kurz notiert



Der Vorsitzende des Landesbeirats Heiko Hendriks erinnert im Rahmen eines Fotovortrags an die wichtige Arbeit des Landesbeirats in den vergangenen 70 Jahren

„Seit sieben Jahrzehnten ist der Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen starke Interessensvertretung und zuverlässiger Ratgeber, wenn es um die Belange von Aussiedlern und Vertriebenen geht. Der Landesbeirat weiß, was es für Menschen bedeutet, ihre Heimat zu verlieren, was für eine Herausforderung es ist, sich woanders eine neue Heimat aufbauen zu müssen. Damit sind diese Menschen Vorbilder für Integration in unserem Land. Überdies sind sie mit ihrem Engagement und Einsatz wichtige Botschafter für Frieden und Verständigung in Europa. Mein herzlicher Dank für die erfolgreiche Arbeit seit 70 Jahren und alles Gute für die Zukunft!“, sagte Armin Laschet am Abend vor den über 100 geladenen Gästen.

Im Anschluss an die Festrede des Ministerpräsidenten nahm der Vorsitzende des Landesbeirats, Heiko Hendriks, in seiner Ansprache die Gäste mit auf eine Zeitreise durch die letzten 70 Jahre. Er machte deutlich, dass in den Anfangsjahren Hilfen und Unterstützung bei Eingliederungsmaßnahmen für Millionen Deutscher Heimatvertriebener und Flüchtlinge aus dem historischen deutschen Osten die Hauptaufgabe des Gremiums gewesen seien. Die Aufnahme und Unterbringung sowie die sprachliche, schulische, soziale und gesellschaftliche Eingliederung der Aussiedler und Spätaussiedler seien die bestimmenden Themen in den 80er und 90er Jahren gewesen. Heute hingegen stünden Fragen der Erinnerungskultur, der Kulturpflege sowie der politischen Bildung von Aussiedlern und Spätaussiedlern im Vordergrund.

„Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler haben wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg und zum kulturellen Leben von Nordrhein-Westfalen beigetragen. Es gilt, die Erinnerung an Flucht und Vertriebung im und nach dem 2. Weltkrieg wachzuhalten, die Leistungen dieser zu uns gekommenen Menschen anzuerkennen und zu würdigen. Das kulturelle Erbe zu bewahren,

bedeutet zu wissen, woher man kommt. Denn nur, wenn man seine eigene Geschichte und Identität kennt, kann man sich kritisch und kreativ mit der heutigen Situation auseinandersetzen, um Zukunft gestalten zu können. Unsere Aufgabe war und ist es, sich um die Anliegen deutscher Heimatvertriebener, Aussiedler und Spätaussiedler zu kümmern. In den letzten 70 Jahren hat der Landesbeirat viel erreicht, aber es liegen auch noch viele Aufgaben vor uns“, so der Vorsitzende abschließend.

Kulturelle Darbietungen wie Tänze, Lieder sowie Theatersequenzen von Mitgliedern aus den verschiedenen Landsmannschaften rundeten das Festprogramm ab.



Monika Schultze (rechts), der Landsmannschaft Schlesien, sprach über die Flucht ihrer Mutter aus Schlesien, über schlesische Kultur, Rosemarie Rother (links) trug das Gedicht „Flüchtlingssprüchla“ in schlesischer Mundart von Ernst Schenke vor



Edith Vieth (2. v.r.) und ihre drei Mitstreiterinnen, Landsmannschaft Oberschlesien, trugen das Gedicht „Mein Oberschlesien“ und humorvolle Anekdoten vor



Rainer Lehni, Landsmannschaft Siebenbürger Sachsen, berichtete über die historischen Wurzeln und Verbindungen der Siebenbürger Sachsen mit dem Land Nordrhein-Westfalen



Eine Künstlergruppe interpretiert das Thema Flucht aus der SBZ / DDR mit Tanz und Gesang



Die Siebenbürgisch-Sächsische Tanzgruppe Köln tanzte die Reklisch Med (Tanz aus Siebenbürgen) und den Wolgaster (Tanz aus Wolgast /Pommern)



Nadja aus Russland und Doris aus Deutschland wollen einen Kochwettbewerb gewinnen - Theater á parte präsentierte auf humorvolle Art kulturbedingte und anezogene Vorurteile.



Eine Schauspielgruppe gestaltete ein szenisches Spiel zum Thema „Flucht aus der DDR“ mit Gesang- und Tanzeinlagen.



Heiko Hendriks zusammen mit Vertretern der Oberschlesier

1 Kurz notiert

Hintergrundinformationen

NRW hat im und nach dem 2. Weltkrieg ca. 2,4 Millionen der bundesweit insgesamt ca. 13 Millionen deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge aus dem historischen deutschen Osten aufgenommen. Seit den 70er Jahren sind zusätzlich etwa 700.000 (Spät-) Aussiedlerinnen und Aussiedler in Nordrhein-Westfalen aufgenommen worden, vor allem aus Polen, Rumänien und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Bereits seit 1948 gibt es in Nordrhein-Westfalen den Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen. Der Landesbeirat hat die Aufgabe, die Landesregierung in allen Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen zu unterrichten und sachverständig zu beraten. Er soll darüber hinaus deren Interessen in der Öffentlichkeit vertreten und um Verständnis für Maßnahmen der Behörden werben.

Der Landesbeirat trifft sich in der Regel drei Mal jährlich. Ihm gehören zurzeit 15 Mitglieder an. Darunter sind deutsche Heimatvertriebene, die noch persönlich Flucht, Vertreibung oder Aussiedlung erlebt haben sowie Vertretungen der Organisationen der Aussiedler und Spätaussiedler, aber auch Experten aus den Einrichtungen der Kulturpflege. Des Weiteren wirken auch Vertreter der Bezirksregierungen, aus der Weiterbildung und von den großen christlichen Kirchen mit.

Der aktuelle Landesbeirat hat sich am 26. Februar 2018 neu konstituiert.

Alle Fotos: Roland Zerwinski



Bei Gesprächen am Rande der Veranstaltung war Gelegenheit zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch (v.l.n.r. Bernd Werdin, Reinhard Grätz, Prof. Winfrid Halder, Dr. Vasco Kretschmann, Sonja Wissing)



Die Festveranstaltung bot Gelegenheit für Begegnung und Gespräch zwischen den Vertretern der verschiedenen Landsmannschaften, wie hier zum Beispiel Dietmar Schulmeister (Landsmannschaft der Deutschen aus Russland) mit Monika Schultze (LM Schlesien)



Für die Organisation der Veranstaltung erhält Valeria Diewald, Geschäftsführerin des Landesbeirates, ein Dankeschön



Dr. Bärbel Beutner (Landsmannschaft Ostpreußen) im Gespräch mit Dr. Martin Sprungala und Dr. Lothar Jakobi (beide Landsmannschaft Weichsel-Warthe)

NRW-Ministerpräsident Armin Laschet verspricht stärkere Förderung der Kulturarbeit



Auf dem Weg zur Festtribüne, von links: Aussiedlerbeauftragter Dr. Bernd Fabritius, Ministerpräsident Armin Laschet, Bundesvorsitzende Herta Daniel, Dinkelsbühls Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer und Hessens Landtagspräsident Norbert Kartmann. Foto: Lukas Geddert

Auszug aus dem Grußwort des Ministerpräsidenten:

„Liebe Freunde der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen hier in Dinkelsbühl 2018. Es ist lange her, habe ich gehört, dass ein Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, dem Land, das seit 1957 die Patenschaft übernommen hat, hier in Dinkelsbühl gewesen ist. Deshalb freue ich mich, dass ich die Ehre habe, heute hier zu sein. Und ich sage dazu, dass darf nicht wieder zwanzig Jahre dauern, ehe der nächste Ministerpräsident herkommt. Ich bin stolz darauf, dass wir diese Partnerschaft haben, die 1957 noch in der Gründungszeit der Bundesrepublik Deutschland entstanden ist. Aber eigentlich geht die Verbindung der Rheinländer zu den Siebenbürger Sachsen 800 Jahre zurück. Denn viele derer, die ausgewandert sind, nach Siebenbürgen, nahmen aus der alten Rheinprovinz, aus dem luxemburgisch geprägten Land links des Rheines, und am Dialekt kann man das manchmal heute noch erkennen – Luxemburger würden Sie heute verstehen, Rheinländer tun als ob sie Sie verstünden. Diese enge Verbindung, die über so viele Jahre bestanden hat, die muss man immer wieder in Erinnerung rufen. Mich hat das heute beeindruckt bei diesem Umzug, wie viele junge Leute da mitgehen, wie viele Ortsgruppen sich erst vor wenigen Jahren, vor drei, vier, fünf, zehn Jahren gegründet haben, das zeigt, diese Erinnerung ist lebendig, die wird bleiben ...“

Es gibt vieles, was man von den Siebenbürger Sachsen lernen kann. Sie haben in der Bundesrepublik Deutschland eine zweite Heimat gefunden, sie sind ein Vorbild für gelungene Integration, sie haben die eigenen Wurzeln bewahrt, und in Rumänien selbst leben sie mit vielen Völkern zusammen. „Siebenbürgen, grüne Wiege einer bunten Völkerschar“, heißt es im Siebenbürgenlied, das wir gleich

gemeinsam singen werden. Und dies klar zu machen, auch mit dem Erlebnis des Jahres 2017, über das wir im Geistlichen Wort eben gehört haben, dass man dort das Kulturgut pflegt und hier Brücken baut in diesem Europa, dass das nach 1989, einem echten Pfingstwunder, möglich geworden ist, dass Mauern gefallen sind, der Kommunismus ein Ende hatte, Unterdrückung der Kultur ein Ende hatte und man jetzt quasi zwei Heimaten hat und beiden auch treu sein kann, das leben die Siebenbürgen in ganz besonderer Weise vor. Auch dafür meinen Dank ...

Ich bin froh, dass viele Landeskinder jedes Jahr nach Dinkelsbühl fahren. Ich wünsche uns allen, das nicht nur in Dinkelsbühl, dass nicht nur am Pfingsttag, sondern das ganze Jahr über diese Tradition auch sichtbar wird in all den Ortsgruppen und Kreisgruppen in all den deutschen Ländern. Denn gerade in einer Zeit, wo Menschen Orientierung suchen, wie heute, wo alles schneller wird, und Digitalisierung, Globalisierung manche Menschen ängstigt, da ist es gut zu wissen, wo man herkommt, welche Kultur man hat, welche Werte man gelebt hat und unter welchen Bedrängnissen man diese Kultur auch aufrechterhalten hat. Wenn das im Kommunismus gelungen ist, es aufrecht zu erhalten, dann wird uns das heute erst recht gelingen, dass wir diese Kultur weiter pflegen. Also, etwas mehr von diesem Selbstvertrauen, von diesem Mut auch im Wettbewerb der Kulturen! Andere sind auch laut und werben für ihre Kultur. Wir sollten auch wieder stärker über unsere reden!“ (gekürzt) aus

► www.siebenbuerger.de/zeitung/artikel/verband/18856-nrw_ministerpraesident-armin-laschet.html

Gedenktag für Opfer von Flucht und Vertreibung 2018

In seinem Grußwort erinnerte der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Klaus Kaiser, an die 2,5 Millionen Ostdeutschen, die in der Endphase des Kriegsgeschehens oder bei anschließenden Gewalttaten getötet worden waren, an die hunderttausenden vergewaltigten Frauen, die Millionen Menschen, die enteignet worden sind. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen sieht es als eine wichtige Aufgabe an, die Erinnerung an Flucht und Vertreibung wachzuhalten. Die Zahl der Menschen, die selbst Flucht und Vertreibung nach dem II. Weltkrieg erlitten haben, wird zunehmend kleiner. Auch deshalb sei es wichtig, die Erinnerung daran an die nachfolgende Generation weiterzugeben und diese für das Thema zu sensibilisieren. Solche Ereignisse dürfen sich nicht wiederholen! Anlässlich des Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2018 hat Innenminister Herbert Reul Beflaggung angeordnet. Das Ministerium des Innern teilt mit: „An diesem Gedenktag erinnern wir an die weltweiten Opfer von Flucht und Vertreibung und insbesondere an die deutschen Vertriebenen. Wir dürfen nicht vergessen, was es bedeutet, seine Heimat fluchtartig verlassen zu müssen“, sagte Innenminister Herbert Reul.

1 Kurz notiert



Gemeinsam nahmen der Parlamentarische Staatssekretär Klaus Kaiser (rechts) im Ministerium für Kultur und Wissenschaft und NRW-Vertriebenenbeauftragter Heiko Hendriks (links) mit dem Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen NRW Rudi Pawelka am 20. Juni an einer Gedenkveranstaltung des BdV in Solingen an der Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloss Burg an der Wupper teil.

Bundeskanzlerin Angela Merkel erinnerte in ihrer Rede am 20. Juni 2018 in Berlin daran, dass ab Herbst 1944 lange Flüchtlingstrecken aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten Richtung Westen zogen. Viele Deutsche, die in anderen Ländern Ost- und Südosteuropas lebten, mussten ihre Heimat verlassen. Millionen von Menschen, vor allem Frauen, Kinder und Ältere, machten sich auf den beschwerlichen Weg ins Ungewisse. Sie mussten nicht nur Wind und Wetter trotzen, sie waren auch An- und Übergriffen schutzlos ausgeliefert. Bis zu zwei Millionen Menschen sind infolge von Flucht und Vertreibung ums Leben gekommen. Und bei denen, die es in den Westen schafften, haben Hunger, Erschöpfung, Plünderung und Vergewaltigung oft lebenslange Traumata hinterlassen. Die Neuankömmlinge hatten fast alles verloren: Familie und Freunde, Arbeit und Ansehen, Haus und Heimat. Ein derartiger Verlust lasse sich nicht vergessen und kaum überwinden. Für Vertreibung gebe es weder eine moralische noch eine politische Rechtfertigung.

- www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2018/06/2018-06-20-rede-gedenkstunde-20-juni.html



An der Büste von Immanuel Kant legen die Vertreter der Landesregierung einen Kranz nieder Fotos: BdV



Der Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen tagt bei den Siebenbürger Sachsen in der Drabenderhöhe



Die Heimatstube wurde dem Beiratsvorsitzenden Heiko Hendriks (Mitte) von Rainer Lehni, Enni Janesch (2. und 3. v.l.) und Horst Kessmann (2. v.r.) vorgestellt.

Die Siebenbürger Sachsen haben im Laufe der Jahrzehnte schon viele Besucher in Drabenderhöhe empfangen – bis hin zum Bundespräsidenten. Erstmals war der NRW-Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen in der größten geschlossenen Siedlung der Siebenbürger Sachsen in Deutschland zu Gast. Nach ihrer Sitzung im Kulturhaus begrüßte Wiehls Bürgermeister Ulrich Stücker die Beiratsmitglieder mit ihrem Vorsitzenden Heiko Hendriks. Den Beirat, angesiedelt beim Landeskulturministerium, gibt es seit 70 Jahren. Er berät die Landesregierung. Hendriks ist nicht nur dessen Vorsitzender, sondern bekleidet seit Februar auch das von der schwarz-gelben Regierung neu geschaffene Amt des Beauftragten für die Belange von deutschen Vertriebenen und Aussiedlern.

Dass sich der Beirat während seiner Sitzungen im Land umschau, sei etwas ganz Neues, erklärte Hendriks und versicherte: „Bitte werten Sie unseren Besuch als Wert-



In Wiehl informierten sich die Mitglieder des Landesbeirats (v.l.n.r. Hagen Jobi, ehemaliger Landrat, Heiko Hendriks, Bürgermeister Ulrich Stücker, Enni Janesch, Rainer Lehni, Horst Hessmann (Vorsitzender der Kreisgruppe Wiehl-Bielstein) über die Geschichte der Siebenbürger Sachsen und deren Siedlung Drabenderhöhe in Wiehl Fotos: Landesbeirat

schätzung für Ihre Arbeit in Wiehl.“ Angesprochen waren die Vertreter der Siebenbürger Sachsen. Rainer Lehni vom Landesverband der Siebenbürger Sachsen fasste die 875-jährige Historie seiner Landsleute in wenigen Minuten zusammen. Über die Verbandsarbeit vor Ort berichteten die Drabenderhöher Kreisvorsitzende Enni Janesch und ihr Bielsteiner Kollege Horst Kessmann – der gemeinsam mit seiner Frau Birgit typischen Baumstriezel aufgetischt hatte. Arnd Gaudich

► www.rundschau-online.de/region/oberberg/wiehl/empfang-fuer-landesbeirat-siebenbuerger-sachsen-stellen-ihr-drabenderhoehe-vor-30688500

NRW Vertriebenen- und Aussiedlerbeauftragter Heiko Hendriks besucht erstmals (Ober-)Schlesien und Warschau



Besuch des Trainings durch den NRW-Beauftragten Heiko Hendriks (im Bild ganz rechts) in der deutschen Miro Fußballschule in Chronstau gemeinsam mit dem Vertreter der deutschen Minderheit Rafal Bartek (hinten 1. links) Foto: MKW

Der Beauftragte der Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks, hat erstmals – unter Einbindung der Landsmannschaft der Oberschlesier, über die das Land Nordrhein-Westfalen am 25. Februar 1964 die Patenschaft übernommen hat – Oberschlesien besucht. Schwerpunkt seiner Reise war, neben dem Austausch mit Vertretern der Deutschen Minderheit, der Besuch von Einrichtungen, in denen der Erwerb der deutschen Sprache im Mittelpunkt steht.

Vor Ort konnte er sich u.a. in der NRW-Partnerregion, der Woiwodschaft Schlesien, bei dem Besuch einer bilingualen Kindergartengruppe in Tworkau, der Unterrichtsbegleitung in einer bilingualen Grundschule in Cosel-Rogau sowie der Teilnahme an einem Training in der deutschen Miro Fußballschule in Chronstau davon überzeugen, dass es sehr wohl gelingen kann, das Kulturgut „Deutsche Sprache“ sowohl für die deutsche Minderheit zu erhalten, als auch für die

1 Kurz notiert



Der NRW-Beauftragte Heiko Hendriks zusammen mit der Erzieherin und den Kindern der bilingualen Gruppe des städtischen Kindergartens in Tworkau

polnische Bevölkerung zugänglich zu machen. Im Gespräch mit verschiedenen Bildungsakteuren, insbesondere mit den Lehrkräften für Deutsch, wurde auch über die politischen Rahmenbedingungen für bilingualen oder auch muttersprachlichen Unterricht diskutiert.

„Dass das Erlernen der deutschen Sprache sowohl in spielerischer Form im Kindergarten oder in der Fußballschule z.B. in Form von Trainingsanweisungen in Deutsch als auch in einer zweisprachigen Schule erfolgreich stattfindet, haben uns unsere Besuche vor Ort anschaulich vor Augen geführt. Ein wichtiges Fazit ist sicherlich: Wenn die deutsche Minderheit zusammen mit der polnischen Bevölkerung etwas angeht, letztlich alle davon profitieren. Auf jeden Fall wird damit die Völkerverständigung gestärkt und der europäische Zusammenhalt gefördert“, so Heiko Hendriks wörtlich.

Zum Abschluss hat der Landesbeauftragte das alle drei Jahre stattfindende Kulturfestival der deutschen Minder-



heit in der Jahrhunderthalle Breslau mit über 5000 Besuchern besucht. Dort wurde er wie weitere Vertreter der deutschen und der polnischen Politik offiziell als willkommener Vertreter Nordrhein-Westfalens begrüßt und konnte sich von den vielfältigen kulturellen Aktivitäten der deutschen Minderheit überzeugen.

Auf Wunsch des Ministerpräsidenten Armin Laschet MdL begleitete Heiko Hendriks ihn bei seinem offiziellen Besuch Anfang Oktober in Warschau. Heiko Hendriks nutzte die Gelegenheit um mit Experten der Deutschen Botschaft und mit dem Abgeordneten der Deutschen Minderheit im Sejm, Ryszard Galla (im Bild rechts), ausführliche Gespräche über die Situation der deutschen Minderheit zu führen. Foto: Büro Galla

Kuratorium der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus mit neuer Zusammensetzung



Das neue Kuratorium des Gerhart-Hauptmann-Hauses (Foto: GHH)

Ministerin Isabell Pfeiffer-Poensgen hat kürzlich die Mitglieder für das Kuratorium der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus für die Dauer der 17. Legislaturperiode des Landtags Nordrhein-Westfalen berufen. Gemäß Stiftungssatzung werden die Mitglieder von dem Landtag, dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft, dem Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, dem Bund der Vertriebenen, dem Gerhart-Hauptmann-Haus, der Evangelische Kirche, der Katholische Kirche und der Stadt Düsseldorf benannt. Mitglieder des Kuratoriums sind: Josef Neumann MdL, Rüdiger Scholz MdL, Oliver Keymis MdL, Lorenz Deutsch MdL, Helmut Seifen MdL, Klaus Kaiser MdL, Heiko Hendriks, Pfarrer Edgar Born, Pfarrer Dr. Joachim Giela, Reinhard Grätz, Prof. Dr. Beate Fieseler, Rüdiger Goldmann und Dr. Petra Winkelmann. In seiner konstituierenden Sitzung am 8. Oktober 2018 wurde Reinhard Grätz zum Vorsitzenden des Kuratoriums

und Rüdiger Goldmann zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums gewählt. In den Vorstand der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus wurden Andreas Bialas MdL, Marianne Schirge, Leiterin des Kulturamtes Düsseldorf, und Werner Jostmeier gewählt. Werner Jostmeier wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes gewählt.

► www.g-h-h.de/index.php?id=4

Fachkonferenz zum „Haus der Geschichte NRW“



150 Gäste kamen zur Diskussion in den Plenarsaal

Foto: bs

Im Plenarsaal des Landtags fand am Freitag, 5. Oktober 2018, 10.00 bis ca. 17.15 Uhr, eine Fachkonferenz zum geplanten „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens“ statt. Nach einer Begrüßung durch den Präsidenten des Landtags und Kuratoriumsvorsitzenden, André Kuper, ging es in vier Diskussionsrunden u. a. um die Geschichte des Landes, um Museumsprojekte und konkret um das Konzept zum „Haus der Geschichte“. Teilnehmer waren u. a. der Leiter der Landtagsplanungsgruppe „Geschichte, Politik und Demokratie NRW“, Dr. Guido Hitze, und sein Stellvertreter, Prof. Dr. Stefan Goch, sowie die Leiter des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn sowie der Landesmuseen von Baden-Württemberg und Bayern.

Wibke Busch, Telefon: 0211/884-2850

E-Mail: wibke.busch@landtag.nrw.de

Dr. Guido Hitze war auch Gast in der Vollversammlung des Landesbeirats am 26. Juni 2018 in Wiehl.

Doppelausstellung des Volksbundes zu Menschenrechten und Flucht

Der Landtag Nordrhein-Westfalen stellt in einer Doppelausstellung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge die Themen Menschenrechte, Flucht und Vertreibung in den Mittelpunkt.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte zur Eröffnung, die Themen der beiden Ausstellungen, „Menschenrechte im Krieg“ und „geflohen, vertrieben – ange-



Landtagspräsident André Kuper MdL (2.v.r.) mit (v.l.) Thomas Kutschaty MdL, Vorsitzender des Landesverbands NRW des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Carina Gödecke MdL, Vizepräsidentin des Landtags, und Oliver Keymis MdL, Vizepräsident des Landtags. Fotos: bs

kommen!“, seien sehr aktuell und beschäftigten auch den Landtag intensiv. Mit Hilfe der Ausstellungen könne gerade jungen Menschen bewusst gemacht werden, dass Krieg immer mit „Mord, Gewalt, Vertreibung und Not zusammenhängt. Krieg hat immer Folgen“, sagte Kuper.

Thomas Kutschaty, Vorsitzender des Landesverbands NRW des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, sagte, Frieden, Freiheit und Demokratie seien keine Selbstverständlichkeiten. Der Volksbund wolle mit den beiden Wanderausstellungen vor allem junge Menschen für die Menschenrechte sensibilisieren.

Der Ausstellungsteil „Menschenrechte im Krieg“ zeigt die Entwicklung der Menschenrechte, die Geschichte der Genfer Konventionen und die Ahndung von Menschenrechtsverletzungen in aktuellen Konflikten. Der zweite Ausstellungsteil „geflohen, vertrieben – angekommen!“ spannt einen Bogen von der heutigen Fluchtproblematik hin zu Erinnerungen an Flucht und Vertreibung zwischen 1933 und 1945.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist ein Verein, der die Gräber gefallener Soldaten im Ausland erfasst und erhält. Er erinnert an die Folgen von Krieg und Gewalt und setzt sich für Frieden ein. Seit 1953 organisiert der Volksbund internationale Jugendbegegnungen und führt friedenspädagogische Projekte durch. Mit den Wanderausstellungen gestaltet der Verein auch Bildungsarbeit in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Die Ausstellungen konnten bis zum 4. November 2018 an Wochenenden jeweils von 11 bis 17 Uhr ohne Voranmeldung kostenfrei besucht werden.

1 Kurz notiert

Führungswechsel bei der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.

Johann Thießen neuer Bundesvorsitzender der LmDR.



Entsprechend § 10 Absatz 3 der Satzung des Verbandes wurde Johann Thießen, bisheriger stellvertretender Bundesvorsitzender, am 2. Juni 2018 zum neuen Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland gewählt. In dieser Funktion wird Johann Thießen den Bundesverband bis zu den regulären Neuwahlen des Bundesvorstandes im

Herbst 2018 leiten. Johann Thießen ist 1954 in Russland geboren. Er lebt seit 1991 in Kassel und ist praktizierender Gynäkologe. Seit 2006 ist Johann Thießen Vorsitzender der Landesgruppe Hessen der LmDR.

Zuvor hatte Waldemar Eisenbraun das Amt des Bundesvorsitzenden der LmDR niedergelegt. Auf Initiative des bayerischen Landesvorsitzenden Ewald Oster und aufgrund eines einstimmigen Beschlusses des Vorstandes der Landesgruppe Bayern der LmDR hat Waldemar Eisenbraun die neu geschaffene Stelle des Kulturreferenten der Deutschen aus Russland im Freistaat Bayern zum 1. Juni 2018 übernommen. Eine seiner vielfältigen Aufgaben soll die umfassende Mitwirkung bei der Entstehung des vom Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder angekündigten Kulturzentrums der Deutschen aus Russland mit Sitz in Nürnberg sein.

► lmdr.de/wp-content/uploads/2018/06/04.06.2018-LMDR_PM_F%C3%BChrungswechsel.pdf

Das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte lud zum diesjährigen Jahresempfang ein.

Unter der Schirmherrschaft des Aussiedlerbeauftragten des Landes NRW, Heiko Hendriks, fand der diesjährige Jahresempfang des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte statt, dem zahlreiche politische Würdenträger, aber auch Verantwortungsträger zivilgesellschaftlicher Organisationen beiwohnten. Dabei hielt der Beauftragte der Bundesregierung, Prof. Dr. Bernd Fabritius, den Festvortrag. Er ging insbesondere darauf ein, dass es das Kriegsfolgenschicksal dieser deutschen Gruppe sei, welches Verantwortung für die Bundesrepublik nach sich zöge. Verantwortung, die auch dadurch übernommen werden sollte, dass ein Haus wie das des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte auch perspektivisch als Lern- und Erfahrungsort finanziell gesichert werden müsse. Nicht zuletzt in Kenntnis



v.l.n.r. Dr. Johann Thießen, Dr. Bernd Fabritius, Edith Westmann, Olga Martens, Heiko Hendriks, Edwin Warketin, Cornelius Ens, Peter Dück, Foto: Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte

der Situation und Potenziale anderer Häuser dieser Ausrichtung stuft der Aussiedlerbeauftragte das Angebot am Detmolder Museum als gesellschaftlich hochrelevant ein. Der Leiter des Privaten Musikzentrums Detmold, Jonathan David Misch, führte in das Werk des russlanddeutschen Künstlers Alfred Schnittke ein, der im Jahre 1990 nach Deutschland übersiedelte und an der Musikhochschule Hamburg eine Professur für Komposition übernahm. Mit der Unterstützung des Kulturreferates für Russlanddeutsche konnte in Kooperation mit der Hochschule für Musik Detmold ein bekanntes aber selten gespieltes Werk Schnittkes, das Konzert für Viola und Orchester, gemeinsam mit der Nordwestdeutschen Philharmonie und dem Solisten Hindenburg Leka ermöglicht werden. Mehrfach wurde unterstrichen, dass dieses Werk nicht nur empfundene Heimatlosigkeit und damit die persönliche Zerrissenheit des Komponisten zum Ausdruck brächte, sondern auch Sehnsucht nach Beständigkeit, welche exemplarisch für die Erfahrungen vieler Deutscher aus Russland stünde. (Pm gekürzt) Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte

► www.russlanddeutsche.de/de/besuch/aktuelles/259-von-bedeutung-fuer-die-gesamtdeutsche-gesellschaft.html

Der wahr gewordene Traum vom Schlesienschild



Die Schlesische Trachten- und Jugendgruppe „Altvater/Rübezahl“ Iserlohn tanzt die Sauerländer Quadrille Nr. 4.

Foto privat (Reinald Müller)

Am 4. August verlieh Stephan Rauhut, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, Hans-Joachim Muschiol in der Ostdeutschen Jugend- und Kulturbegegnungsstätte in Iserlohn-Letmathe die höchste Auszeichnung, die die Landsmannschaft vergibt: den Schlesienschild. Muschiol war sichtlich gerührt, als er diese besondere Ehrung entgegennehmen durfte.

Die feierliche Veranstaltung wurde moderiert von Prof. Dr. Gisela Muschiol. Die Eröffnung nahm der Landrat des Märkischen Kreises, Thomas Gemke, mit einer Rede über die Zusammenarbeit bei Projekten, wie beispielsweise die Gründung der Partnerschaft zwischen dem Märkischen Kreis und dem Kreis Ratibor, vor. Anschließend folgte auch eine Ansprache vom Bürgermeister der Stadt Iserlohn, Dr. Peter Paul Ahrens. Die feierliche Ehrung von Hans-Joachim Muschiol übernahm der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien Stephan Rauhut und würdigte Muschiols Leben und Wirken mit der Laudatio auf ihn. Nach der Übergabe der Urkunde und dem Orden, der den Schlesienschild symbolisiert, hielt Muschiol seine Dankesrede. Er bedankte sich zutiefst bei allen Menschen, die ihn dabei unterstützt haben, diese Auszeichnung bekommen zu haben, vor allem aber bedankte er sich bei seiner Frau Hildegard Muschiol. Er dankte auch den Festrednern und versprach, sowohl dem Bürgermeister der Stadt Iserlohn, als auch dem Landrat, des Märkischen Kreises: „Meine Arbeit für Schlesien und den Märkischen Kreis ist noch nicht zu Ende. So lange ich kann, werde ich weitermachen“.

Ausgestaltet wurde die Veranstaltung mit Volkstänzen und Eichendorff-Liedern der Schlesischen Trachten- und Jugendgruppe „Altvater/Rübezahl“ Iserlohn, die Muschiol übrigens seit der Gründung im Jahr 1952 noch immer leitet. Am Ende der Feierlichkeiten wurden auf besonderen Wunsch von Hans-Joachim Muschiol drei Lieder, das Lied von Joseph Freiherr von Eichendorff „Wem Gott will rechte



Stephan Rauhut (li.) verleiht Hans-Joachim Muschiol den Schlesienschild Foto privat (Reinald Müller)

Gunst erweisen“, das oberschlesische Bergmannslied „Glück auf, der Steiger kommt“ und die Nationalhymne gemeinsam gesungen.

Im Anschluss an die rund einstündige Veranstaltung blieben die über 60 geladenen Gäste – viele darunter waren in schlesischer Tracht angereist – noch bis in den Abend zusammen und stießen bei einem Glas Sekt auf die Verdienste von Hans-Joachim Muschiol an. Es gab viele interessante Gespräche mit dem Geehrten und wie immer, wenn Schlesier zusammenkommen, wird auch gut gegessen. Die lecker zubereiteten Schnittchen und natürlich auch der schlesische Streuselkuchen durften dabei nicht fehlen.

Schlesienschild Paul Muschiol, Autor

Info zum Schlesienschild: Es ist die höchste Auszeichnung, die die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. zu vergeben hat und kann nur an 30 lebende Persönlichkeiten verliehen werden. Der Schlesienschild zeigt auf goldenem Grund den Adler und Juni 1961 erstmalig an den frühere Oppeln, Alfons Schlesienschild auszeichnet. Zuletzt erhielt Peter Großpietsch am 20. Juni 2015 beim Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover die höchste Auszeichnung der Landsmannschaft.



► landmannschaft-schlesien.de/landmannschaft/schlesienschild/

1 Kurz notiert

Festakt aus Anlass des 30-jährigen Bestehens des Amtes des Beauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Am 7. November 2018 fand vor über 300 geladenen Gästen im Französischen Dom in Berlin ein Festakt aus Anlass des 30-jährigen Bestehens des Amtes des Beauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten auf Einladung des Bundesinnenministeriums statt. Alle noch lebenden Amtsvorgänger des amtierenden Bundesbeauftragten Prof. Dr. Bernd Fabritius sowie die amtierenden Landesbeauftragten, darunter auch Heiko Hendriks aus NRW, nahmen an dem Festakt teil. Fabritius stellte in seiner Rede u. a. die existenzielle Notwendigkeit der Einbeziehung der jungen Generation in die Verantwortung für den Schutz und die Förderung der Chartasprachen heraus. Quelle: BMI

► www.aussiedlerbeauftragter.de/SharedDocs/Reden/AUSB/DE/rede-festakt-30-jahre-ba.html



Foto: BMI

Aussiedler- und Vertriebenenbeauftragte der Länder trafen sich in Berlin

Die Aussiedler- und Vertriebenenbeauftragten der Bundesländer trafen sich im Juni auf Einladung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, in Berlin zum ersten Mal miteinander. Die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen haben eigene Beauftragte für diese Querschnittsaufgabe innerhalb der Landesregierungen eingerichtet. Andere Bundesländer waren bei dem Termin durch Vertreter der fachlich zuständigen Landesministerien vertreten.

Nach einem Informations- und Gedankenaustausch wurde die Fortsetzung dieser Gespräche als Aussiedlerbeauftragten-Konferenz in regelmäßigen Abständen beschlossen, um so eine bessere Vernetzung, eine thematische Absprache zu relevanten Themen und einen vertieften Erfahrungsaustausch zu sichern. Themen der nächsten Konferenz werden Fragen der Altersarmut bei Spätaussiedlern, die Abstimmung standesamtlicher Verfahren sowie Grundzüge der Beauftragtentätigkeit sein. Der Beauftragte des Landes



Der Bundesbeauftragte mit Landesbeauftragten und Vertretern von Landesregierungen Quelle: BMI

Nordrhein-Westfalen für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks konnte an dem Termin in Berlin nicht teilnehmen, weil zeitgleich die Vollversammlung des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, dessen Vorsitzender er ist, in Wiehl stattgefunden hat. Die Funktion des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ist vor 30 Jahren eingerichtet worden. Aus diesem Grund fand am 7. November 2018 in Berlin ein Festakt statt.

Bundestag diskutiert Rentenproblematik von Aussiedlern

Am 14. Juni diskutierte der Bundestag einen Antrag auf Angleichung der Renten von Vertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern. Die antragstellende Fraktion begründete ihre Initiative in erster Linie damit, dass Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler gemäß Grundgesetz Deutsche sind und die gleichen Rechte und Pflichten wie alle Bürger Deutschlands haben. Dennoch würden sie bei ihren Renten aufgrund diskriminierender Regelungen im Fremdrentengesetz (FRG) schlechter gestellt. Gemessen an ihrer Lebensarbeitsleistung erhielten sie eine viel zu geringe Rente und müssten verstärkt mit Altersarmut rechnen. Die Antragsteller fordern, dass die geleistete Lebensarbeitszeit von Russlanddeutschen vollständig anerkannt wird und damit die Betroffenen im deutschen Rentensystem völlig gleichgestellt sind. Konkret geht es dabei vor allem um die pauschale Kürzung der Fremdrenten in Höhe von 40 Prozent, welche im Jahr 1996 von CDU/CSU und FDP beschlossen wurde. Im Zuge dessen wurden auch die Renten der Aussiedler gedeckelt. Maximal 25 Entgeltpunkte werden im Rahmen des Fremdrentengesetzes anerkannt. Bei gemeinsamer Veranlagung von Ehepartnern sind es 40 Entgeltpunkte.

Kritisiert wurde in dem Antrag auch, dass die Arbeitszeit erst ab dem 17. Lebensjahr anerkannt wird. Vielen Zwangsarbeitern, die zum Teil schon mit 14 Jahren arbeiten mussten, würden somit anrechenbare Zeiten entgehen.

Dr. Anton Friesen, MdB (AfD)

Antrag zum Thema Rente für Spätaussiedler – im Bundestag – Redebeiträge

Peter Weiß, MdB (CDU)

Für die aus Deutschland nach Russland ausgewanderten Menschen, die wegen Hitler und unter Stalin gelitten haben, in der Arbeitsarmee geschuftet haben, sei die Möglichkeit geschaffen worden, dass sie als deutsche Staatsbürger nach Deutschland kommen können. Dazu wurde für diese Menschen mit dem Fremdrentengesetz die Möglichkeit geschaffen, dass sie – obwohl sie gar nicht in das deutsche Rentensystem einzahlen konnten – trotzdem aus der Deutschen Rentenversicherung eine Rente erhalten – angemessen ihrer Arbeitsleistung und ihrer Lebensleistung. Das ist etwas Besonderes, das es sonst nirgendwo gibt. Deswegen sei an dem Antrag der AfD eigentlich alles falsch. Besonders die Grundbehauptung, man müsse die Spätaussiedler den Deutschen – die hier gelebt haben – gleichstellen. Wenn man diese gleichstellen wolle, hieße das – wer nicht in die Rentenversicherung eingezahlt hat, erhält keine Rente. Dann hätten die Spätaussiedler überhaupt keine Rente. Die Rentenzahlung nach dem Fremdrentengesetz ist eine Privilegierung für Spätaussiedler, in dem wir gesagt haben – ja, dieses Lebensschicksal dieser Menschen – dem wollen wir gerecht werden, indem wir ihnen auch eine Rente geben, obwohl sie keine Beiträge zahlen konnten. Das ist eine großartige Leistung unseres Staates. Nach der Wiedervereinigung habe die Diskussion angefangen, nicht nur an den Stammtischen, sondern auch in den Parlamenten, ob die Rente nicht fiktiv berechnet worden sei – im Vergleich zu einer Rente eines Bürgers in den neuen Bundesländern, der ja in das deutsche Rentensystem eingezahlt hatte. Besteht da nicht ein Ungleichgewicht. Es gab die Forderung, das Fremdrentengesetz gänzlich abzuschaffen. Wenn man damals eine Umfrage in Deutschland gemacht hätte, hätte es eine große Mehrheit dafür gegeben. Das war damals Anlass für den deutschen Bundestag gewesen, zu beschließen – wir wollen diese Fremdrenten, die ja nicht auf Beiträgen basieren, sondern die zusätzlich gewährt werden, der Höhe nach deckeln. Das war auch richtig – und wir von der Union bekennen uns dazu. Wir haben das Fremdrentengesetz nicht abgeschafft, wir haben es jedoch so modifiziert und den Bürgern gezeigt, dass keiner gegen den anderen ausgespielt wird. Keiner sollte sich benachteiligt fühlen. Das war der Grund für die Reform des Fremdrentenrechts und die ist immer noch richtig. Das hat letztlich auch dazu geführt, dass das Fremdrentengesetz nach wie vor Akzeptanz in Deutschland findet. Allerdings – was nicht gewollt war – ist, dass die Renten nicht ausreichen zum Leben. Und deshalb haben wir nun im Koalitionsvertrag vereinbart, dass es dafür eine sachgerechte Lösung geben muss. Nicht die Gewährung von hohen Renten, die nicht gerecht sind im Vergleich dazu, was andere eingezahlt haben. Aber nach unten – eine Armutsicherung. Wir bekennen uns zur Leistung der Spätaussied-

lerinnen und Spätaussiedler und sind der Auffassung, dass sie eine Fremdrente erhalten sollen.

Johannes Vogel, MdB (FDP)

Der Antrag ist nicht überzeugend. Die Antragssteller haben die Grundprinzipien nicht verstanden: Die Rente beruht nicht darauf, dass jemand zu einer speziellen Personen-Gruppe gehört. Wie kommen Sie darauf, für Rentenberechnungen eine Statistik der Erwerbstätigkeit zu nutzen. In der Rente ist nicht die Erwerbstätigkeit entscheidend, sondern die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Der Vorschlag, die Renten der Spätaussiedler anhand durchschnittlicher Beitragszahlungen zu berechnen, weist einen entscheidenden Fehler auf – er lässt den Einzelfall außen vor. Bemerkenswert ist die Begründung, das Anliegen sei gerechtfertigt, da die Gruppe einen besonders niedrigen Altersdurchschnitt habe. Würde man dies zu Ende denken – was heißt das bezogen auf andere Gruppen. Was bedeutet es, wenn Sie das Rentensystem bezogen auf Abstammungsgruppen denken – was heißt es für Deutsche mit ausländischen Wurzeln, die auch viele Kinder haben – sollen die auch höhere Renten bekommen? Dies ist ein absurder schlechter Antrag.

Ralf Kapschak, MdB (SPD)

Er erinnere sich an das Jahr 1992, als er als journalistischer Begleiter mit dem damaligen Nordrhein-Westfälischen Sozialminister Herbert Heinemann in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion unterwegs war. Der Grund war – es gab die Prognose, dass ca. 2 Millionen Deutschstämmige dort auf gepackten Koffern sitzen und in die Bundesrepublik ausreisen wollen. Bei vielen, mit denen wir gesprochen haben, war das Hauptargument nicht Diskriminierung oder so etwas. Das Hauptargument war: Unseren Kindern soll es einmal besser gehen. Sie waren bereit, alles, was sie sich aufgebaut hatten, aufzugeben und in eine neue ungewisse Zukunft zu starten – auch die Aussicht wochen- und monatelang in Übergangsheimen oder Turnhallen zu übernachten, hat sie nicht abgeschreckt. Viele sind gekommen, einige sind auch wieder zurückgekehrt. Über Rente haben sich damals wahrscheinlich die wenigsten Gedanken gemacht. Sicher gibt es eine Reihe von ihnen, die eine geringe Rente bekommen. Keine Frage. Da allerdings von Diskriminierung zu reden, ist schlichtweg falsch. Ganz im Gegenteil – die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler wird vielmehr im Vergleich zu gebürtigen Deutschen und im Vergleich mit allen zugewanderten Personengruppen rentenrechtlich besser behandelt. Denn grundsätzlich werden bei uns nur Renten gezahlt, wenn auch Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt wurden. Als einzigen werden der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler Renten gewährt, obwohl sie keine Beiträge eingezahlt haben. Das ist das Gegenteil von Diskriminierung. Seit 1959 erhalten Vertriebene und Aussiedler eine Rente nach dem Fremdrentengesetz.

1 Kurz notiert

Damit sollten die im Herkunftsland erworbenen Rentenansprüche ausgeglichen werden. Diese Sonderstellung war aufgrund der historischen Verantwortung Deutschlands für die Folgen des II. Weltkriegs und der Verbindung von in Ausland lebenden Deutschen politisch gewollt und das stellt hier auch niemand ernsthaft in Frage. Die Vertriebenen und Aussiedler wurden so behandelt als hätten sie ihr Erwerbsleben in Deutschland verbracht. Ihre Versicherungsleistung im Ausland wurde dabei mit dem Verdienst einer vergleichbaren Beschäftigung in der Bundesrepublik berücksichtigt. Der tatsächliche Verdienst spielte keine Rolle. Die so berechneten Renten befanden sich lange auf einem hohen Niveau. Mit der Überwindung der deutschen und europäischen Teilung hat sich die Ausgangssituation grundlegend verändert. Mit der Wiedervereinigung stand die Deutsche Rentenversicherung vor neuen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund hat die Regierung Kohl Abschlüsse auf die Renten nach dem Fremdrentengesetz beschlossen. Damit sollte die Besserstellung gegenüber Beziehern von kleinen Renten vor allem in strukturschwachen Regionen verhindert werden. Der Versuch, Gerechtigkeit zwischen Beitragszahlern und Beziehern nach dem Fremdrentengesetz herzustellen, ist heute genauso wichtig wie damals. Denn die Leistungen für die Spätaussiedler beruhen nicht auf den Leistungen, sondern auf der Solidarität der Versicherungsgemeinschaft. Jede Erweiterung dieser Leistung muss deshalb gegenüber den Beitragszahlern gerechtfertigt werden. Und wenn im Antrag mit durchschnittlichen Zahlungsbeträgen hantiert wird, ist das nur die halbe Wahrheit. Die Altersrente für weibliche Spätaussiedler ist deutlich höher als für Frauen in den alten Bundesländern. Aber keine Frage: Es gibt viele Menschen, die von einer geringen Rente leben müssen. Das betrifft aber nicht nur Spätaussiedler. Deshalb sehen wir es als zentrale Aufgabe an, allen Versicherten gegen Altersarmut abzusichern und angemessene Rente zu zahlen.

Matthias W. Birkwald, MdB (Die Linke)

Die Linke steht seit Jahren an der Seite der Russlanddeutschen. Deswegen haben wir Linken bereits im Mai 2017 ein Gespräch mit einer Delegation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland unter dem damaligen Sprecher der Landsmannschaft, Waldemar Eisenbraun geführt. Die Linke setzt sich für höhere Renten für Aussiedler und Aussiedlerinnen ein. Seit 1993 werden aus der DDR Geflüchtete nicht mehr so behandelt, als hätten sie in Westdeutschland gearbeitet, und sie wurden gegen ihren Willen zu DDR-Bürgern mit entsprechenden Renteneinbußen gemacht. Mit dem schwarz-gelben Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz von 1996 wurden die Renten von Aussiedlerinnen und Aussiedlern aus den Staaten Mittel- und Osteuropas so weit gekürzt, dass ihr Lebensunterhalt im Alter nicht mehr gesichert ist. Mit diesem Gesetz, meine Damen und Herren, wurden die versprochenen Rentenansprüche von Aussiedlern erst um 30 und dann sogar um 40 Prozent

gekürzt. Das ist unglaublich und in dieser Form ungerecht. Obendrein wurden ihre Ansprüche nach dem Fremdrentengesetz auch noch auf höchstens 25 Entgeltpunkte begrenzt, also auf 800 Euro brutto. Für Ehepaare gibt es höchstens 40 Entgeltpunkte, das sind höchstens 1 281 Euro brutto. Viele Aussiedler haben keine weiteren Alterseinkommen. Das ist Altersarmut per Gesetz, und das darf so nicht bleiben. Genau deshalb fordere ich von Ihnen, liebe Koalition: Machen Sie erstens diese Kürzungen rückgängig! Schließen Sie zweitens endlich ein Sozialversicherungsabkommen mit Russland ab, dann würde die wechselseitige Zahlung von Renten und die Anerkennung rentenrechtlicher Zeiten endlich auf eine solide Grundlage gestellt!

Markus Kurth, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will vorweg sagen: Das Problem der Altersarmut bei Spätaussiedlern ist laut einer Studie aus dem Jahr 2016 vom Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften durchaus klar bekannt. Wir wollen das auch angehen. Die Frage ist allerdings: Ist es tatsächlich das Ziel der AfD und des AfD-Antrags, sich sachgerecht mit dieser Problematik auseinanderzusetzen? Ich finde, dass in Ihrer Rede sehr deutlich geworden ist, dass das nicht ihr Ziel ist; denn sie haben wieder einmal Gruppen gegeneinander ausgespielt. Damit haben sie die Gruppe der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler wieder instrumentalisiert. Das tut mir sehr leid für Aussiedlerinnen und Aussiedler, die, besonders wenn sie den Geburtsjahrgängen der 50er- und 60er-Jahre angehören, tatsächlich mit dem Problem der Altersarmut zu kämpfen haben. Wir als Bündnis 90/Die Grünen schlagen schon lange vor, mit einer Garantierente, die Zeiten der Kindererziehung, des Arbeitens, aber auch der Arbeitslosigkeit anerkennt, eine Absicherung zu schaffen, die deutlich oberhalb der Grundsicherung liegt. Das ist eine Lösung, die sich in das Beitragssystem der Sozialversicherung, der Rentenversicherung, einfügt. Die meisten meiner Vorredner – deswegen kann ich mich an dieser Stelle kurzfassen – haben sehr treffend angemerkt, dass natürlich nicht die ethnische Zugehörigkeit, die Nationalität, das Deutschsein Kriterien für Ansprüche in der Rentenversicherung darstellen. Wenn Sie noch nicht einmal das kleine Einmaleins der Rentenversicherung beherrschen, dann ersparen Sie uns solche Anträge! Im Übrigen haben Sie grundsätzlich keinerlei Konzept oder Idee, wie man mit der Alterssicherung und der Rentenversicherung umgehen soll. Ich finde, das muss man hier noch einmal deutlich machen.

Der Bundestag hat den von der AfD-Fraktion eingebrachten Antrag zur Angleichung der Renten Vertriebener, Aussiedler und Spätaussiedler (19/2730) nach erster Aussprache zur weiteren Beratung an den federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen.

► www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw24-de-rente/560016

Neues Referat „Integration Spätaussiedler“ im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Spätaussiedler sind in Anerkennung ihres besonderen Kriegsfolgenschicksals Deutsche gemäß Art. 116 Grundgesetz. Aufgrund der damit verbundenen besonderen Lebensbedingungen unterscheidet sich diese Gruppe von anderen Zuwanderergruppen innerhalb des Integrationssystems. Um diesem besonderen Status Rechnung zu tragen und diesen auch nach außen hin sichtbar zu machen, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zum 1. Oktober 2018 ein ausschließlich für die Integration von Spätaussiedlern zuständiges Referat eingerichtet. Im Referat 81E werden nun alle spätaussiedlerspezifischen Eingliederungsmaßnahmen gebündelt und insbesondere die Fragen der nachholenden Integration von Spätaussiedlern behandelt.

► www.aussiedlerbeauftragter.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/AUSB/DE/Referat-Spaetaussiedler-BAMF.html

Schlesisches Museum in Görlitz Neue Kulturreferentin für Schlesien tritt Dienst an



Agnieszka Bormann wird neue Kulturreferentin für Schlesien.

Foto: Axel Lange

Seit dem 1. August gibt es eine Neubesetzung der Stelle im Schlesischen Museum in Görlitz. Agnieszka Bormann hat ihre Tätigkeit als neue Kulturreferentin für Schlesien begonnen. Das teilte der Vorstand des Schlesischen Museums Görlitz mit. Die Germanistin und Kulturmanagerin wird Dr. Annemarie Franke ablösen, die diesen Platz fünf Jahre innehatte. Die bisherige Kulturreferentin wird ihren Lebensmittelpunkt wieder nach Kreisau/Krzyzowa in Polen verlegen. Agnieszka Bormann lebt und arbeitet seit dem Jahr 2005 in Görlitz. Sie bringt reiche Erfahrungen im Projektmanagement und in deutsch-polnischen Kooperationen mit. Zuletzt war sie in der Görlitzer Kulturservicegesellschaft mbH tätig. Als Kulturreferentin übernimmt sie die Aufgabe, Geschichte, Gegenwart und Kultur Schlesiens breitenwirksam zu vermitteln, deutsch-polnische Begegnungen zu organisieren und Projekte Dritter fachlich zu begleiten.

► www.lr-online.de/lausitz

Lebendige Städtepartnerschaft

Die Zusammenarbeit der Städte Iserlohn (NRW), Chorzów (Königshütte, Schlesien, Polen) und Nyiregyháza (Birkenkirchen, Ungarn) geht weit über traditionelle Städtepartnerschaften hinaus. Als besondere Auszeichnung verlieh Baustaatssekretär Gunther Adler dem Städtetrio kürzlich den Preis „Die lebendigste Städtepartnerschaft“,

weil neben der Stadtverwaltung sich auch ehrenamtliche Komitees engagieren. „Aktionen und Projekte, wie Sportevents, Schüleraustausch oder Kunstprojekte haben in den vergangenen Jahren die Städtepartnerschaft mit Leben erfüllt. Iserlohn, Chorzów und Nyiregyháza können so zum Vorbild für das Zusammenleben der Städte und Gemeinden in Europa werden.“

► www.bmub.bund.de/pressemitteilung/staedtepartnerschaft-von-iserlohn-chorzow-und-nyiregyhaza-ausgezeichnet/

Vertriebene und Spätaussiedler bekommen eigenen Beauftragten beim Freistaat Sachsen



Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner hat im Rahmen einer Festveranstaltung im Sächsischen Landtag in Dresden Dr. Jens Baumann zum Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen ernannt. In dieser Funktion gehört Dr. Baumann künftig dem Sächsischen Staatsministerium des Innern an.

Foto: Sächsisches Staatsministerium

Innenminister Wöllner während der Ernennung: „Wir haben uns in der Staatsregierung dazu entschlossen, einen Ansprechpartner in herausgehobener Stellung für die Interessen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler zu installieren. Diese Menschen haben unser Land nachhaltig geprägt, ihm wirtschaftliche, kulturelle und soziale Impulse gegeben. Ich bin mir sicher, dass ihre Belange bei Dr. Baumann in guten Händen sind und er die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ressorts und Verbänden intensiv koordiniert.“

Vergleichbare Landesbeauftragte gibt es in Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg sowie beim Bund. Allein unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg sind mehr als eine Million Heimatvertriebene und Aussiedler nach Sachsen gekommen. Schätzungen gehen davon aus, dass ihr Bevölkerungsanteil heute bei rund fünf Prozent liegt. Derzeit sind noch rund 5.000 von ihnen in Verbänden im Freistaat organisiert.

Dr. Jens Baumann (52) ist studierter Geograph und Verwaltungsfachwirt. Seit 1992 arbeitet er im Sächsischen Staatsministerium des Innern unter anderem im Bereich Förderung und Bewahrung des gemeinsamen kulturellen Erbes. Dr. Baumann ist neben seiner Referententätigkeit im Ministerium unter anderem auch Lehrbeauftragter der TU Chemnitz, der Hochschule Meißen (FH) sowie Gastdozent an der Universität Breslau.

► <https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/218536>

2 Wettbewerbe/Projektförderung/ Stellenangebote/Stipendienprogramme

„Europa – Zukunft braucht Geschichte“

– das ist das Motto des diesjährigen NRW-Schülerwettbewerbs „Begegnung mit Osteuropa“.



Die Grundidee dieses Mottos ist nicht neu. Schon Wilhelm von Humboldt hat sie auf den Punkt gebracht: „Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft.“ Genau genommen könnte dieser Satz als Überschrift über der mittlerweile 66-jährigen Geschichte dieses Wettbewerbs stehen. Dieser ist nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden – motiviert durch die Neuordnung Europas und die damit verbundenen massenhaften und doch je individuellen Erfahrungen von Flucht und Vertreibung.

Mit dem Wettbewerb wollen wir Verstehen und Verständnis für Vergangenes entwickeln, für die europäischen Werte sensibilisieren und Verantwortung fördern für das, was ist und kommt.

Europa auf dem Weg von der Gemeinschaft zur Union, die schwierige, aber kontinuierliche Annäherung von Ost und West, der Fall der Mauer vor 30 Jahren und das Zusammenwachsen Europas: Wer diese Entwicklung betrachtet, kommt zu dem Schluss, dass es den Menschen gelungen ist, mit der Geschichte im Blick eine Ordnung zu schaffen,

die nach so viel unnötigem Leid auf allen Seiten den Frieden für den größten Teil Europas sichert.

In einer Zeit, in der die Zeitzeugen des dramatischen Einschnitts vor genau 80 Jahren weniger werden, scheint die diesem Frieden zugrunde liegende europäische Vision bei vielen Menschen in Europa zu verblassen, während andere sie neu beleben möchten. Gemeinsam ist allen Menschen dabei, dass sie sich Sorgen machen, weil angesichts globaler Entwicklungen lange gültige Gewissheiten in Frage stehen und Veränderungen spürbar werden. Dabei wächst die Gefahr, dass neue Mauern in den Köpfen entstehen – und sie entstehen leichter, wenn man geschichtliche Zusammenhänge aus den Augen verliert. Deshalb ist es besonders bedeutsam, die Erinnerung an Flucht und Vertreibung als Folge des Zweiten Weltkrieges wachzuhalten.

Die Zukunft Europas liegt in den Händen der jungen Menschen. Wir möchten erreichen, dass junge Menschen gemeinsame europäische Wurzeln entdecken.

Die Möglichkeiten, etwas übereinander zu lernen, waren noch nie so groß. Länderübergreifende Schulpartnerschaften ebnen Wege von West nach Ost oder von Ost nach West. Sie helfen, dass wir einander immer besser verstehen lernen, dass wir neugierig aufeinander werden und es auch bleiben. Reale und virtuelle Wege der Begegnung öffnen die Chance, uns auszutauschen, voneinander zu lernen und Freundschaften zu schließen, denn nur unter Freunden kann man gemeinsam Zukunft gestalten, eine Zukunft, die friedlich, weltoffen, tolerant, freiheitsliebend, solidarisch, demokratisch und damit jung und modern ist.

In diesem Sinne bietet der Schülerwettbewerb 2019 Möglichkeiten, auf Spurensuche in die Vergangenheit zu gehen, Geschichte und kulturelle Besonderheiten kennen zu lernen und daraus Toleranz und Respekt, Achtsamkeit und Mut zur Mit- und Weitergestaltung zu entwickeln.

► www.schuelerwettbewerb.eu/

Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. – Wir fördern, was Menschen verbindet. Start für umfassende Heimatförderung in Nordrhein-Westfalen



„Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet.“ So hat das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen das Landesförderprogramm zur Förderung und Stärkung unserer vielfältigen Heimat in Nordrhein-Westfalen überschrieben.

„Tagtäglich setzen sich in unserem Land ehrenamtliche Frauen und Männer für den Erhalt von Traditionen, für die Pflege des Brauchtums, für die Erhaltung und Stärkung des regionalen Erbes und der Vielfalt ein. Sie stärken mit ihrem Engagement unsere Gesellschaft und die Gemeinschaft in vielfältiger Art und Weise. Sie tragen dazu bei, dass unsere Traditionen und Werte bewahrt und nach vorne entwickelt werden und sie geben diese an die nächste Generation weiter“, sagt Ministerin Ina Scharrenbach.

Heimat ist Lebensqualität und schafft Verbundenheit in Zeiten, wo uns Vieles zu trennen scheint. Die Landesregierung fördert Initiativen und Projekte, die lokale und regionale Identität und Gemeinschaft und damit Heimat stärken.

Ziel ist es, Menschen für lokale und regionale Besonderheiten zu begeistern, die positiv gelebte Vielfalt in unserem Bundesland deutlich sichtbar werden zu lassen. Heimat zu haben heißt, unsichtbare Wurzeln in sich zu tragen – egal, wo ein Mensch herkommt, egal wo sie oder er hingeht. Mit den fünf Elementen Heimat-Scheck, Heimat-Preis, Heimat-Werkstatt, Heimat-Fonds und Heimat-Zeugnis fördert die Landesregierung mit rund 150 Millionen Euro bis 2022 die Gestaltung der Heimat vor Ort, in Städten und Gemeinden und in den Regionen.

Eine Antragstellung ist ab sofort möglich. Die dazu benötigten Formulare finden Sie weiter unten auf dieser Seite

► www.mhkgb.nrw/heimat/Heimatfoerderprogramm/index.php

Die fünf Elemente der Heimatförderung

Heimat-Scheck

Zur unbürokratischen Förderung von Projekten lokaler Vereine und Initiativen, die sich mit Heimat beschäftigen, werden jährlich 1.000 Heimat-Schecks à 2.000 Euro bereitgestellt. Der „Heimat-Scheck“ ist der Möglichmacher für all solche guten Ideen und kleinen Projekte, die eigentlich gar nicht viel Geld kosten, aber einen großen Mehrwert in der Sache versprechen. Antrag und Verwendungsnachweis werden auf ein Minimum reduziert, so dass Motivation sofort in Taten umgesetzt werden kann.

Bitte nutzen Sie für eine Beantragung möglichst den Online-Antrag. Sollte es Ihnen nicht möglich sein, einen Online-Antrag zu stellen, finden Sie auf der Homepage auch das Antragsformular „Heimat-Scheck“ zum Ausdrucken und Ausfüllen.

Heimat-Preis

Für innovative Heimatprojekte wird ab 2019 ein Preis ausgelobt, der die konkrete Arbeit belohnen und zugleich nachahmenswerte Praxisbeispiele liefern soll. Anträge können bereits jetzt gestellt werden. Die Auszeichnungen sind eine Wertschätzung der (überwiegend) ehrenamtlich Engagierten. Kommunen sollen den Preis vergeben, die Sieger stellen sich anschließend dem Wettbewerb auf Landesebene. Kleinere Gemeinden erhalten vom Land ein Preisgeld von 5.000 Euro, Kreise von 10.000 Euro, größeren Kommunen werden 15.000 Euro zur Verfügung gestellt, sofern sie sich per Rats- oder Kreistagsbeschluss zur Teilnahme entscheiden.

Heimat-Werkstatt

Ideen zum Thema Heimat sollen in „Werkstätten“ entwickelt und verwirklicht werden, damit eine inhaltliche Auseinandersetzung in Gang gesetzt werden kann. Denn jede Region – ob Stadtviertel oder eine Gemeinde im ländlichen Raum – hat prägende Besonderheiten, mit denen sich die Bewohnerinnen und Bewohner identifizieren. Vertreter von Initiativen und anderen Organisationen, aber auch Bürgerinnen und Bürger direkt sollen sich in einen offenen, identitätsstiftenden Prozess einbringen. Zum Beispiel kann in einer offenen Kreativwerkstatt unter Beteiligung aller Akteurinnen und Akteure ein ortstypisches Kunstwerk entwickelt und verwirklicht werden.

Der Diskurs in der Heimat-Werkstatt soll Gemeinsamkeiten herausarbeiten und das lokale Gemeinschaftsgefühl stärken. Zugleich wird mit der Gestaltung der öffentliche Raum aufgewertet. Der aufwändige Prozess wird je Projekt mit mindestens 40.000 Euro gefördert. Empfänger können Kommunen, Private, Vereine und gemeinnützige Organisationen sein.

2 Wettbewerbe / Projektförderung / Stellenangebote / Stipendienprogramme

Heimat-Fonds

Initiativen, die ein Heimat-Projekt verwirklichen wollen, sollen durch den Heimat-Fonds unterstützt werden: Für jeden eingeworbenen Euro soll es je einen Euro vom Land dazugeben (bis maximal 40.000 Euro), so dass sich Gutes verdoppelt. Förderfähig sind Projekte von mindestens 5.000 Euro und maximal 80.000 Euro. Die Verwaltung des „Heimat-Fonds“ soll vor Ort über die Gemeinden und Gemeindeverbände erfolgen. Der Mindestanteil der Kommune beträgt 10 Prozent. Bei grenzüberschreitenden Projekten mit mehreren beteiligten Kommunen können im Einzelfall auch Projekte mit einem Volumen über 80.000 Euro gefördert werden.

Heimat-Zeugnis

Hier steht die Schaffung und Bewahrung von in herausragender Weise die lokale und regionale Geschichte prägender Bauwerke, Gebäude oder entsprechender Orte in der freien Natur im Fokus. Projekte mit einem Volumen ab 100.000 Euro können mit maximal 90 % (Private) bzw. 80 % (Kommunen) unterstützt werden. Antragsberechtigt sind Gemeinden und Gemeindeverbände sowie private und gemeinnützige Organisationen.

Quelle: Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung

Das Freiwillige Soziale Jahr (Kultur) an der Martin-Opitz-Bibliothek

Das FSJ Kultur bietet jungen Erwachsenen nicht nur die Möglichkeit, sich gesellschaftlich zu engagieren, sondern hilft auch, sich selbst und die eigenen Interessen und Stärken für eine nachhaltig fundierte Zukunft besser zu verstehen.

In der Martin-Opitz-Bibliothek geschieht das seit 2016 unter dem Motto „Bücher bauen Brücken“. Die Martin-Opitz-Bibliothek in Herne ist die größte einschlägige Spezialbibliothek Deutschlands und deckt mit ihren Sammelgebieten den gesamten Raum Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa ab. So bekommt der/die Freiwillige nicht nur einen Einblick in den Berufsalltag einer wissenschaftlichen Bibliothek und eines Archivs, zu welchem unter anderem das Katalogisieren und Digitalisieren der Bestände gehört, sondern ist auch in dem Bereich der PR- und Öffentlichkeitsarbeit tätig. Dieser Bereich setzt sich vor allem aus der Website-Pflege und der Organisation, Planung und Bewerbung von Veranstaltungen, sowie der Erstellung von Flyern und Plakaten zusammen. Dazu kommen noch Kooperationen mit anderen Institutionen und Einrichtungen. Durch diesen Einblick hinter die Kulissen einer öffentlichen Spezialbibliothek lernt der/die Freiwillige, eigene Ideen zu entwickeln und in einem Team einzubringen, sowie verantwortungsvoll mit Herausforderungen und

dem eigenen Mitwirken in einer kulturellen Einrichtung umzugehen.

Dabei ist man die ganze Zeit von Geschichte und Literatur umgeben. So hat man als Freiwillige(r) auch die Möglichkeit, die eigenen (geschichtlichen) Interessen durch direkten Kontakt zu alten Schriften, Karten, Frühdrucken und Nachlässen, aber auch zu aktuellen Publikationen, zu vertiefen.

Dies ließe sich beispielsweise in einem eigenständigen Projekt realisieren. Die Erarbeitung eines solchen Projektes ist fester Bestandteil des FSJ Kultur.

Von der Entwicklung bis hin zur schlussendlichen Präsentation sind einem dabei keine Grenzen gesetzt, so können Ideen selbstständig erarbeitet, weiterentwickelt und verwirklicht werden. Dieses Projekt bestand in den letzten Jahren zum Beispiel aus einer virtuellen Postkartenausstellung zum Thema „Identität und Herkunft: Die Vergangenheit in der Erinnerung der Jugend“ und dem Erstellen von Video-Tutorials zur Benutzung des elektronischen Lesesaals und der Bibliothekssoftware.

In diesem Jahr entsteht das Projekt in Zusammenarbeit mit der Bundesakademie Wolfenbüttel. Durch eine Vor-Ort-Beratung sollen neue Impulse und Denkanstöße für die Entwicklung eines Konzeptes zur Optimierung der kulturellen Vermittlung geschaffen werden. Dies soll ihm Rahmen eines partnerschaftlichen Prozesses und einer für die Zukunft nachhaltigen Vermittlungsarbeit geschehen. Der kollegiale Prozess steht bei der Erarbeitung dieses Projektes im Fokus, so werden die drei Phasen des Projektes (Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation und Nachbearbeitung) stets von einem Berater-Team aus zwei Experten der Akademie begleitet.

Hannah Termathe (FSJ-Ilerin an der MOB)
Ansprechpartner für das FSJ Kultur:
Dr. Arkadiusz Danszczyk (Stellv. Dir.)
Stiftung Martin-Opitz-Bibliothek | Berliner Platz 5
44623 Herne | Tel.: 02323/16-2188
Internet: www.martin-opitz-bibliothek.de

Inter- und intrakulturelle Bildung



Quelle: VIRA e.V.

Mit einer großen Auftaktveranstaltung in Schwerte startete das Projekt zur „inter- und intrakulturellen Bildung in Vereinen und Organisationen der Deutschen aus Russland“. Ziel des Programmes ist es auf der einen Seite, Multiplikatoren aus ganz Nordrhein-Westfalen auszubilden und in den Themen Identität, Medien und Partizipation zu schulen. Auf der anderen Seite werden über 230 Module in den Vereinen vor Ort angeboten und erweitert damit das bestehende Angebot zur politischen Bildung. Projektträger sind die Otto Benecke Stiftung e. V., VIRA e. V. sowie als strategischer Partner die LmDR Nordrhein-Westfalen. Gefördert wird das Projekt vom Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

Alexander Kühl, VIRA e.V.

► [//vira-ev.de/inter-und-intrakulturelle-bildung/](http://vira-ev.de/inter-und-intrakulturelle-bildung/)

Richeza-Preis

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, ruft Vereine, Schulen, Institutionen und Kommunen aus Nordrhein-Westfalen dazu auf, sich mit geeigneten Projekten um den Richeza-Preis 2018/2019 zu bewerben. Der Richeza-Preis wird seit 2009 alle drei Jahre vergeben. Er trägt den Namen der aus rheinischem Adelsgeschlecht stammenden polnischen Königin Richeza, die im 11. Jahrhundert an Rhein und Ruhr als wohlthätige Stifterin wirkte. Für eine Auszeichnung kommen Initiativen in Frage, die der deutsch-polnischen Verständigung und dem Europagedanken dienen, in Nordrhein-Westfalen oder Polen bis zum 26. Oktober 2019 und mit Beteiligung eines nordrhein-westfälischen und eines polnischen Partners durchgeführt werden. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 15. Dezember 2018. Für den Wettbewerb eignen sich zum Beispiel gemeinsame gemeinnützige Aktionen, Workshops und andere Diskussionsformate oder kulturelle Formate wie Ausstellungen und Konzerte. Es ist wünschenswert, dass die eingereichten Projekte die Jubiläen der Jahre 2018 und 2019 inhaltlich aufgreifen (s. Aufruf). Die Teilnahme von Partnern aus der Partnerregion Schlesien sowie die Erweiterung des Teilnehmerkreises um Akteure aus dem sog. Regionalen Weimarer Dreieck (NRW, Schlesien, Hauts-de-

France) werden ausdrücklich begrüßt. Eine deutsch-polnische Jury wird aus den eingereichten Projekten diejenigen auswählen, die mit dem Richeza-Preis ausgezeichnet werden. Das Land Nordrhein-Westfalen prämiiert die ausgewählten Projekte bis zu einer Höchstsumme von jeweils 5.000 Euro.

Weitere Informationen sind auf www.mbei.nrw/richeza-preis abrufbar. Für Rückfragen steht Julian Eichenberg (richeza-preis@stk.nrw.de / Tel. 0211/ 837-1465) zur Verfügung.

Sag mir wo die Heimat ist – Schulmeister rührt die Werbetrommel für OBS-Projekt



v.l.n.r. D. Schulmeister, Vorsitzender der NRW-LmDR, Landrat Müller, T. Wind und E. Kern (beide Monolith e.V.), J. Bertram, Büro Landtag NRW Foto: © Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kreis Paderborn, Ulrike Sander

Kürzlich waren Vertreter der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zu Gast bei Landrat Manfred Müller in Paderborn. Dietmar Schulmeister berichtete im Kreishaus, dass er in der Vereinigung zur Integration russlanddeutscher Aussiedler e.V. (VIRA), die als Verband der russlanddeutschen Vereine in Nordrhein-Westfalen fungiert, mitwirke. Die LmDR selbst sei im Kreis Paderborn in Büren und Bad Wünnenberg mit einer Kreisgruppe aktiv. Ziel sei es nun, Multiplikatoren in den Themen Identität, Medien und Partizipation zu schulen. Zusätzlich würden über 230 Module in den Vereinen vor Ort angeboten, um das bestehende Angebot zur politischen Bildung zu erweitern. Projektträger sind die Otto Benecke Stiftung e.V. und VIRA e. V. Projektpartner ist der Verein Monolith e.V. Gefördert wird das Projekt vom Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Verein Monolith e. V. engagiert sich seit 17 Jahren im Bereich der Integration von Zuwanderern im Kreis Paderborn. Ursprünglich von den Wohlfahrtsverbänden zur Eingliederung von Spätaussiedlern gegründet, hat sich der Verein im Laufe der Zeit mit seiner Arbeit und Erfahrung etabliert und seine Projekte und Maßnahmen auch auf andere Zuwanderergruppen ausgeweitet. Der Verein erhält Fördermittel vom Kreis Paderborn. M. Pitz, Pressesprecherin, Tel. 05251 308-9200 (Pm gekürzt)

► https://www.kreis-paderborn.de/kreis_paderborn/aktuelles/pressemitteilungen/sag-mir-wo-die-heimat-ist.php

3 Tagungen / Veranstaltungen / Ausstellungen / Bildungsangebote



MUSEUM FÜR
RUSSLANDDEUTSCHE
KULTURGESCHICHTE

Wolgadeutsche Schicksale – Zeitzeugen im Gespräch



Alexander Muth und Susanna Rehl im Gespräch mit Edwin Warkentin (rechts), Foto: Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte

Anlässlich des 100. Jahrestages der Autonomiegründung der Wolgadeutschen fanden sich Interessierte im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Kultur am Sonntag“ im Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte Detmold ein, um Zeitzeugenberichten zuzuhören. Zur Einstimmung wurden Ausschnitte des Dokumentarfilms „Wolgadeutsches Schicksal“ über den Dichter und politischen Aktivist Dominik Hollmann gezeigt. Der Kulturreferent Edwin Warkentin hielt ein Impulsreferat über die Entstehung und Entwicklung der Wolgarepublik.

Die Detmolderin Susanna Rehl, geb. Daubert (89) und Alexander Muth (92) aus Horn haben ihre Kindheit und Jugend in der Wolgarepublik verbracht. Eindrücklich schilderten sie dem interessierten Publikum ihre Erfahrungen aus diesen Jahren. Ihre Berichte veranschaulichten deutlich, dass trotz einer kulturellen Selbstbestimmung, was sich im freien Gebrauch der deutschen Sprache im Alltag, Beruf und Schule äußerte, diese Jahre für die meisten Menschen von schwersten Entbehrungen und Leid geprägt waren. Beide Zeitzeugen erinnerten sich an die katastrophalen Hunger-

jahre 1932/33 und daran, dass in dieser Zeit Menschen aus ihrem Umfeld und Familien den politischen Repressionen zum Opfer fielen. Als einschneidend für ihr weiteres Schicksal erlebten beide den Vertreibungserlass des Jahres 1941. Dennoch empfinden die Zeitzeugen nach wie vor Sehnsuchtsgefühle nach „der Wolga“. Nur der Wunsch der Kinder, lieber in die Bundesrepublik Deutschland auszusiedeln, hielt Alexander Muth davon ab, zurück in sein Heimatdorf Wiesenmüller zu gehen, als es bereits erlaubt war. Trotz Wehmut nach der alten Heimat bezeichnete Susanna Rehl ihr Leben jetzt als paradiesisch im Vergleich zu dem, was sie in den ersten Jahrzehnten ihres Lebens erlebt hatte.

Mein Name ist Eugen



Foto vom Autor und Künstler Eugen Litwinow bei der Präsentation seiner Ausstellung

Das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte Detmold präsentierte bis Ende September 2018 in Kooperation mit dem Kulturreferat für Russlanddeutsche die Ausstellung zum Buch von Eugen Litwinow MEIN NAME IST EUGEN. In dem 2013 entstandenen Buchprojekt setzt sich der Autor mit der von der Soziologie als „mitgebracht“ bezeichneten Generation junger russlanddeutscher Spät-

aussiedler auseinander. Ausgehend von der gemeinsamen Erfahrung des Namenswechsels von Evgenij zu Eugen nach ihrer Aussiedlung nach Deutschland konzentrierte sich Litwinow in seiner Arbeit auf die persönlichen Empfindungen und Erfahrungen einzelner Jugendlicher auch außerhalb der großen Themen der Tagespolitik. Auf eine ästhetisch ansprechende Weise portraitiert er seine Protagonisten als mündige Individuen und gibt ihnen die Gelegenheit sich zu Wort zu melden. Insofern stellt die Arbeit einen solitären Kontrast zu der bisherigen Berichterstattung und soziologisch geprägten Literatur über diese Menschen dar.

Anlässlich der Ausstellungseröffnung fand ein Vernissagegespräch mit dem Autor, dem Kölner Politologen Felix Riefer von der Bundeszentrale für politische Bildung sowie Julia Iwakin vom Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland e.V. und Alexandra Dornhof, Bildungsreferentin der Deutschen Jugend aus Russland e.V. über Erfahrungs- und Lebenswelten junger Russlanddeutscher, ihrem Verhältnis zu Deutschland und zu ihren Herkunftsländern sowie ihrer Selbst- beziehungsweise der Fremdwahrnehmung.

Mit dem sogenannten Fall Lisa und im Zusammenhang mit der letzten Bundestagswahl sind die russlanddeutschen Mitbürger, denen bisher eine gute und geräuschlose Eingliederung bescheinigt wurde in den Fokus des öffentlichen Interesses geraten. Selten jedoch finden sie sich in der Berichterstattung richtig dargestellt. Das gestrige Gespräch war insofern ein wichtiger Beitrag zur öffentlichen Debatte um die Russlanddeutschen, als dass sie sich einerseits selbst äußern und andererseits mit einigen Vorurteilen und Falschannahmen fundiert aufräumen konnten. So hatte der Politologe Riefer auf die Ergebnisse einer Studie der Universität Duisburg-Essen hingewiesen, die in einer Stichprobenanalyse des Wahlverhalten eine Zustimmungsrate für die AfD bei etwa 15 Prozent feststellte, was einem nahezu

durchschnittlichen Wahlverhalten entsprach. Das Gespräch war von Edwin Warkentin, Kulturreferent für Russlanddeutsche moderiert. Die Vernissage fand statt im Rahmen der JUGEND-SOMMER-WERKS-ATT/DETMOLD, einer internationalen deutsch-russisch-ukrainischen Fachkräftetagung von Jugendgruppenleitern am Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte Detmold. Sie wurde von der Nordrhein-Westfälischen Landesregierung und der Beauftragten der Bundes-

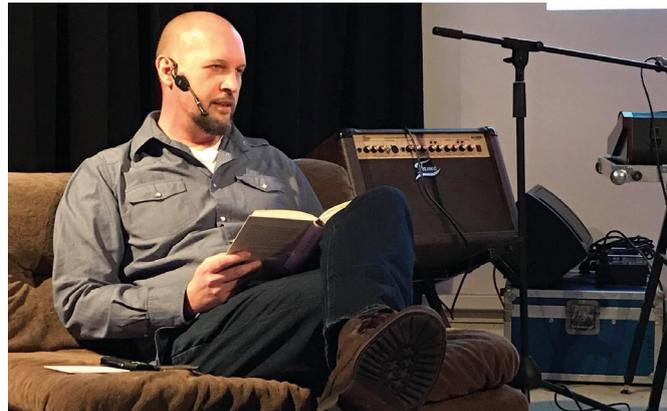


regierung für Kultur und Medien gefördert.

Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte

Lesung aus dem Roman „Roter Herbst in Chortitza“ von Tim Tichatzki

► <https://literaturkreis-autoren-aus-russland.de/blog/2018/05/31/roter-herbst-in-chortitza-tim-tichatzki-ein-roman/>



In Russland stürzt der Zar, in Deutschland tritt der Kaiser zurück und die bis dahin beschauliche Welt von Osterwick gerät aus den Fugen. Willi und Maxim stoßen in der Nähe ihres Heimatdorfes auf ein Maschinengewehr. Für die deutsch-mennonitische Ansiedlung Chortitza, zu der Osterwick gehört, die tief im ukrainischen Teil des zerfallenen Zarenreiches liegt, wird ein Schuss aus Notwehr zum Verhängnis. Alle seine Bewohner ob Deutsche, Russen und Ukrainer, Christen oder Juden werden vor harte Lebensproben gestellt. Maxim gelangt im Laufe der Handlung zur Überzeugung, dass auch ein Henker gerecht sei, wenn er der gerechten Sache dient. Willi hingegen, dem Wehrloskeitspostulat folgend kann keine Art von Gewalt mit seinem Gewissen und Glauben vereinbaren.

Der Kölner Autor Tim Tichatzki wirft in seinem Erstlingswerk die großen Fragen nach Recht und Gerechtigkeit, Humanität und menschliche Abgründe, Glaube und Macht auf und bettet sie für den Leser in eine exotisch wirkende Szenerie einer russlanddeutschen Kulturreklave in einer Region und Epoche, die der renommierte Osteuropahistoriker Timothy Snyder als bloodlands definierte.

Die Lesung findet anlässlich der Sonderausstellung „Doppelte Diktaturerfahrung der Schwarzmeerdeutschen“ des Museums statt, in der das Schicksal dieses Teils der Russlanddeutschen zwischen den zwei Regimen beleuchtet wird.

Diese Veranstaltung im Juli 2018 wurde durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalens finanziert.

Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte



Martin-Opitz-Bibliothek Erinnerungen und Entwicklungen in Siebenbürgen – Werkstattbericht zu einem Interviewfilm

In den Jahren 2013 bis 2015 entstanden 15 Interviews mit Vertretern der rumäniendeutschen Minderheiten. Die Interviewpartner teilen ihre Erinnerungen und Erfahrungen und damit die Geschichte, wie aus einer Gemeinschaft mit über 300.000 Menschen binnen des 20. Jahrhunderts ein Gruppe von etwa 11.000 Personen wurde. Das Projekt wurde im Sommer vom Regisseur in der Martin-Opitz-Bibliothek vorgestellt und es wurden Ausschnitte aus dem reichhaltigen Material gezeigt.

Manuel Stübecke, der Autor und Regisseur des Films, ist kein Siebenbürger Sachse, sondern wurde in den späten 1980ern in Westfalen geboren. Bereits als Austauschschüler verbrachte er ein Jahr in Bukarest. Sein Studium brachte ihn zurück nach Rumänien, wo er in den Jahren 2014 bis 2016 als Pressesprecher der Evangelischen Akademie Siebenbürgen tätig war und an der Hermannstädter Universität ein Masterstudium absolvierte.

Die MOB wird gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Die Stadt Herne ist Stifter und Zuwendungsgeber; der Landschaftsverband Westfalen-Lippe leistet einen jährlichen Zuschuss. Der Vortrag fand am 12.07.2018, in der Martin-Opitz-Bibliothek in Kooperation mit der VHS Herne statt.

Martin-Opitz-Bibliothek

Der erste Weltkrieg und seine Folgen für das Zusammenleben der Völker in Mittel- und Ostmitteleuropa

Anfang Oktober 2018 hat in Königswinter die Staats- und völkerrechtliche Fachtagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen zum Thema „Der erste Weltkrieg und seine Folgen für das Zusammenleben der Völker in Mittel- und Osteuropa“ (Teil III) in Verbindung mit der Studiengruppe Politik und Völkerrecht unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Gilbert Gornig und Prof. Dr. Hans-Detlef Horn stattgefunden.



Unterzeichnung des Vertrags von Sevres

Quelle: wikipedia

Im Tagungsflyer hieß es dazu:

Der Erste Weltkrieg gilt als die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“. Er hat die Geschichte Europas und der Welt und insbesondere das Zusammenleben der Völker in Mittel- und Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert in entscheidendem Maße geprägt. Seine Folgen sind heute bisweilen immer noch schmerzlich und konflikträchtig spürbar. Die Studiengruppe Politik und Völkerrecht und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen haben es sich zum Ziel gesetzt, dieses Ereignis einer umfangreichen Würdigung zu unterziehen. In den Jahren 2016, 2017 und 2018 wurden bzw. werden drei internationale und interdisziplinäre Tagungen der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen und der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht allein diesem Thema gewidmet. Es geht um die Gründe und Ursachen des Ersten Weltkriegs. Auch sein Verlauf an den verschiedenen Fronten bedarf zwingend einer Darstellung. Von besonderem Interesse sind neben der Kriegsschuldfrage dann aber auch die Auswirkungen der zu würdigenden Friedensverträge auf die Staatenwelt. Ebenso ist der Übergang des Deutschen Reiches in die Weimarer Republik staatsrechtlich diskussionswürdig. Da Völker und Volksgruppen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs vertrieben, vor allem deren Siedlungsgebiete anderen, teilweise neuen Staaten

zugewiesen wurden, soll auch das Schicksal der Menschen, die oftmals zu Minderheiten im neuen Heimatland wurden, in jedem Einzelfall besonders betrachtet werden. Die Tagungs-Trilogie dient der gemeinsamen wissenschaftlichen Aufarbeitung des Krieges und seiner Folgen über Grenzen hinweg – und damit der weiteren Verständigung und des friedlichen Miteinanders der Menschen in Europa. Die Veranstaltung wurde mit Mitteln des Bundesministeriums des Innern gefördert.

► <https://kulturportal-west-ost.eu/kulturstiftung/veranstaltungen>

Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Schlesien und im Sudetenland – Persönlichkeiten und Zukunftskonzepte

Die Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus war zunächst vor allem eine Geschichte des Scheiterns. Auch die Überlebenden der Verschwörung des 20. Juli machten die Erfahrung, dass noch in den 1950er Jahren ein Drittel der Bevölkerung das Attentat missbilligte. Eine wesentliche Veränderung brachten erst die in den 1960er Jahren beginnenden Zeitzeugentagungen. Die Öffnung der Widerstandsbetrachtung in der wissenschaftlichen Zeitgeschichtsforschung hin zu einer Gesellschafts- und Alltagsgeschichte war verbunden mit einer vielfachen Erweiterung der Perspektiven und einer daraus abgeleiteten Differenzierung des Widerstandsbegriffs. Neben die Erörterung des politisch-militärischen Widerstands trat jetzt die Diskussion um einen nach Stufen differenzierten Begriff. In der Rezeptionsgeschichte veränderte sich – in den beiden deutschen Staaten höchst unterschiedlich – die Beurteilung als Verrat über Mythenbildung und moralische Vorbildfunktion bis zur wissenschaftlichen Differenzierung und konfliktiven geschichtspolitischen Instrumentalisierung. In der Debatte um den Widerstand spiegeln sich auch die verschiedenen Urteile über das mit ihm verbundene Zukunftspotential. An diesem Punkt beginnt die Fragestellung dieser Tagung. Sie will die Konzepte und Vorstellungen der Oppositionellen bzw. der Persönlichkeiten des Widerstands in Ober- und Niederschlesien und im Sudetenland für die „Zeit danach“ herausarbeiten und den Wegen und Umwegen im Umgang mit diesem Widerstand nachgehen. Die Tagung soll den Auftakt bilden für eine den Widerstand in weiteren Regionen des Ostens beleuchtende Reihe. (Text aus dem Veranstaltungsflyer)

Mitte Oktober 2018 fand in Köln dazu eine zweitägige internationale zeithistorische Fachtagung unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Karl-Joseph Hummel (deutscher Historiker, langjähriger Direktor der Forschungsstelle der Kommission für Zeitgeschichte in Bonn, Honorarprofessor an der Universität in Erfurt) statt. Diese Veranstaltung wurde durch das Bundesinnenministerium gefördert.

Ein Fest der Liebe zu Ostpreußen



Ausdruck gelebten Brauchtums: Der „Ostpreußenchor“ aus Mecklenburg-Vorpommern Bild: H. Frahm

Die deutsche Bevölkerungsgruppe feierte im Amphitheater in Osterode ihr Sommerfest „Wir alle werden ein gutes Gefühl mit nach Hause nehmen!“, sagte Pfarrer Dawid Banach beim ökumenischen Gottesdienst und nahm damit schon das Ergebnis vom diesjährigen Sommerfest in Osterode (siehe Seite 28) vorweg. Rund 1000 Besucher werden abends ebenso empfunden haben, nachdem sie bei strahlendem Sonnenschein im Amphitheater ihre Heimat, Sprache und Kultur gefeiert hatten.

Wie wichtig neben der Pflege des kulturellen Erbes auch das Schließen neuer Freundschaften ist, hob der deutsche Vizekonsul Giuseppe Lo Coco in seinem Grußwort hervor. Nur so habe nach dem Fall des Eisernen Vorhangs aus einem belasteten Verhältnis ein auf allen Ebenen dichtes und vielfältiges werden können. Er lobte die vorbildliche Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Vereinen, die mit Tanz- und Singgruppen die deutsche Kultur pflegen. Einen großen Anteil daran hat auch Klaus Brähmig, der für seine Arbeit als langjähriger Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet wurde. Er selber komme zwar nicht aus Ostpreußen, aber sein ostpreußischer Pastor habe immer mit leuchtenden Augen von dessen Heimat erzählt. Dieses Erlebnis sowie Besuche in Osterode und Steinort habe er noch in bester Erinnerung.

Dass Musik ganze Völkergruppen verbinden kann, merkten auch die Mitglieder des sogenannten „Ostpreußenchores“ aus Mecklenburg-Vorpommern. Schon bei den Proben musizierten sie mit taiwanesischen Urlaubern, um dann beim Sommerfest einen fulminanten Auftritt zu haben. Den ganzen Nachmittag traten Tanzgruppen und Chöre im bunten Wechsel auf und zeigten, wie lebendig deutsches Brauchtum in Ostpreußen ist. Es war für alle ein gelungenes Fest.

Hanna Frahm, Landsmannschaft Ostpreußen

► <http://www.ostpreussen.de/lo/nachrichten/artikel/ein-fest-der-liebe-zu-ostpreussen.html>

Höher, schneller, weiter! – Sommerolympiade in Osterode (Òstroda)



Am ersten verlängerten Wochenende der Schulferien, vom 22. bis 24. Juni, versammelten sich 80 Jugendliche ab 13 Jahren in Osterode (polnisch: Ostróda), um sich kennenzulernen und in sportlichen Disziplinen gegeneinander anzutreten.

Die Organisatoren der Sommerolympiade 2018 hatten sich wegen des im vergangenen Jahr renovierten städtischen Stadions für Osterode als Austragungsort entschieden. Die dortigen neuen Einrichtungen für Leichtathletik bieten gute Möglichkeiten für Sportfeste. Dafür ließ das Wetter zu wünschen übrig. „Die letzten Jahre in Sensburg (polnisch Zdbork) war es sehr warm, hier waren es 15 Grad Celsius und es blies außerdem ein kühler Wind. Doch zumindest war es während der Leichtathletik-Wettkämpfe trocken“, freut sich Hauptorganisatorin Edyta Gładkowska vom Büro der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein (Olsztyn), „der Stimmung tat es jedenfalls keinen Abbruch.“

Lautstarke Anfeuerungsrufe trieben die jungen Athleten zu besseren Leistungen, wenn auch für viele von ihnen der Spaß und das gemeinsame Erlebnis im Vordergrund standen – ganz im Sinne übrigens von Arkadiusz Leska, dem ehemaligen Vorsitzenden der Kulturgesellschaft der Deutschen Heimat in Ortelsburg, der die Sommerolympiade vor sechs Jahren initiiert hatte. „Wir wollten die Jugendlichen, die weit verstreut in der Region leben, über den Sport zusammenbringen. Wichtig ist uns, dass sie mehr über ihre Heimat erfahren; die sportlichen Ergebnisse natürlich auch, aber Rekorde erwarten wir nicht“, erklärte Leska mit einem Augenzwinkern.

Gerade Volleyball als Mannschaftssportart trug zusammen mit der Integration der Teilnehmer am Freitagabend zu einem Gemeinschaftsgefühl der deutschen Jugendlichen aus dem südlichen Ostpreußen bei. Am Sonntag ging es für sie in einer Stadtbesichtigung und Schnitzeljagd um Wissen über Osterode und Ostpreußen. Bei einem anschließenden Quiz gab es auch für die weniger sportlichen Teilnehmer die Chance auf Gewinne. Dank ihres lokalen Wissens schnitten

bei den Junioren drei Mädchen aus Osterode am besten ab. Für das nächste Jahr steht noch einmal Osterode auf dem Plan, aber die Organisatoren denken schon weiter, wie Arkadiusz Leska erklärt: „Man sollte ja immer wieder etwas Neues bieten. Eine Idee war, Jugendliche aus Schlesien einzuladen, eine zweite, einmal eine besondere Ausgabe der Olympiade auf deutschem Boden zu machen.“ Ob sich davon etwas verwirklichen lässt, wird die Zukunft zeigen. Für das Jahr 2018 jedenfalls ist das olympische Feuer erst einmal erloschen.

Bereits zum sechsten Mal fand in diesem Jahr die Sommerolympiade der deutschen Jugend im südlichen Ostpreußen statt, die der Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) und die Vertretung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) in Allenstein organisieren.

Uwe Hahnkamp, Landsmannschaft Ostpreußen

► www.ostpreussen.de/lo/nachrichten/artikel/hoehher-schneller-weiter.html

Osterode i. Ostpreußen (polnisch Ostróda) ist eine Stadt in der polnischen Woiwodschaft Ermland-Masueren. Die Stadt liegt am Ostrand der Eylauer Seenplatte (Pojezierze Iławskie), etwa 35 km westsüdwestlich von Allenstein (polnisch Olsztyn)

Oberschlesisches
Landesmuseum 

Finissage der Sonderausstellung „Schlesische Bahnwelten. 175 Jahre Modernität und Mobilität“

So schnell vergeht die Zeit. Am 27. Mai 2018 endete nach über einem Jahr Laufzeit die erfolgreiche Sonderausstellung „Schlesische Bahnwelten. 175 Jahre Modernität und Mobilität“. Am letzten Ausstellungstag wird ein kurzweiliges Programm mit Führungen, Vorträgen, einer Vorstellung der ausstellungsbegleitenden Publikationen sowie mit Modell-eisenbahn-Vorführungen geboten. Das Museumscafé lockt mit selbstgebackenem Kuchen und frischem Kaffee.

„Schlesische Bahnwelten“ beschreibt die rasche Entwicklung des Eisenbahnwesens am Beispiel dieser wichtigen preußischen Provinz. Die Grenzlage gibt immer wieder Anlass zu grenzüberschreitenden Blicken, sei es auf die Dreikaiserreichsecke bei Mysłowitz, das sog. Teschener Schlesien oder das Altvatergebirge. In der Blütezeit der Eisenbahn besaßen die schlesischen Regionen eines der dichtesten deutschen Streckennetze. In ihrer Fülle ist diese schlesische Eisenbahnausstellung einzigartig. Sie ent-

stand durch die finanzielle Förderung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Begleitend zur Ausstellung sind mehrere Publikationen, ein Gesellschaftsspiel, fünf Nachdrucke historischer Streckenkarten sowie ein Kalender erschienen. Alle Begleitmaterialien können direkt im Museumsshop erworben oder beim Museum bestellt werden. Weitere Informationen zur Ausstellung und zu Begleitmaterialien gibt es auf der Museumshomepage unter www.oslm.de.



Außenansicht des Oberschlesischen Landesmuseums



20 Jahre Partnerschaft mit der Wojewodschaft Schlesien – eintägiges Seminar im OSLM

Das eintägige Seminar war ein Angebot des Kulturreferenten für Oberschlesien und des Oberschlesischen Landesmuseums Oberschlesien verband Nordrhein-Westfalen und Polen.

Die fast 20-jährige Partnerschaft zwischen dem Bundesland und der Wojewodschaft Schlesien begründet formell was praktisch täglich gerade durch mehrere hunderttausend Familien mit ober-schlesischem Hintergrund in Deutschland gelebt wird. Junge und ältere Oberschlesier sind seit Generationen Teil der (west-)deutschen Gesellschaft. Insbesondere die (Spät-)Aussiedler und ihre Nachfahren, die in Polen geboren wurden oder durch die Familie unmittelbare Kontakte nach Polen besitzen, bilden eine lebendige Brücke zwischen beiden Ländern und Regionen. Welche Rolle spielt heute die Herkunft aus Oberschlesien? Was macht Oberschlesien heute aus? Warum beschäftigen

wir uns (in Deutschland) mit ober-schlesischer Geschichte und worauf sollte in Zukunft Wert gelegt werden? Zum Kennenlernen und zur Diskussion waren Interessierte im Juli 2018 ins Oberschlesische Landesmuseum eingeladen. Nach einem kurzen Austausch zu den Zielen und Erwartungen des Treffens erfuhren die Besucher mehr über die Geschichte Oberschlesiens und ihre Bezüge nach Nordrhein-Westfalen. Es folgten ein Besuch der Ausstellungen des Landesmuseums und ein Vortrag einer Partnereinrichtung zu schlesischen Identitäten. Beim geselligen Ausklang gab es reichlich Zeit zum gegenseitigen Kennenlernen sowie zu Gesprächen.

Oberschlesisches
Landesmuseum



Westpreussisches Landesmuseum

„Vergessen Sie uns nicht“. Die Malerin Julie Wolfthorn (Thorn 1864–1944 Theresienstadt) Sonderausstellung des Westpreussischen Landesmuseums vom 20. Oktober 2018 bis 24. März 2019

Seit dem Ende des 20. Jahrhunderts beschäftigt sich die Kunstgeschichte mit der Erforschung der »vergessenen« Künstlerinnen der Moderne, zu denen auch zahlreiche jüdische Malerinnen zählen. Diese hatten es sowohl als Frauen als auch aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit vielfach schwer, sich ihren verdienten Platz in der Kunstgeschichte zu erobern.

Für die aus einer assimilierten bürgerlichen Familie jüdischen Glaubens stammende Malerin und Grafikerin Julie Wolfthorn war das Judentum für die meiste Zeit ihres Lebens nicht von Bedeutung. Dies änderte sich mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten, nach der alle Künstlerinnen und Künstler jüdischer Herkunft von den 1935 verabschiedeten „Nürnberger Rassegesetzen“ betroffen waren.

Viele dieser Künstlerinnen und Künstler hatten erfolgversprechende Karrieren vor sich oder bereits einen wichtigen Beitrag zur Kunst geleistet, als sie zunächst Ausgrenzungen erfuhren und schließlich im Holocaust vertrieben, deportiert oder ermordet wurden. Diese physische Auslöschung ging einher mit dem Raub und der Zerstörung ihrer Werke und deren Entfernung aus den Museen und öffentlichen Sammlungen. Julie Wolfthorn, deren Leben und Werk mit dieser Ausstellung gewürdigt werden soll, zählt zu diesen vergessenen Künstlerinnen.

Julie Wolf – so der Geburtsname – wurde 1864 im westpreussischen Thorn, dem heutigen Torun geboren. Etwa 1890 begann sie mit einer künstlerischen Ausbildung in Berlin und München und setzte ihr Studium dann in Paris

3 Tagungen / Veranstaltungen / Ausstellungen / Bildungsangebote

fort. Bereits während der Ausbildung unternahm Julie Wolfthorn Studienreisen und arbeitete unter anderem in den Künstlerkolonien Dachau und Worpswede. In den späten 1890er Jahren kamen Aufenthalte in der französischen Künstlerkolonie Grezsur-Loing hinzu. Weitere Reisen führten sie nach Italien und Belgien, in die Schweiz und die Niederlande.

Es gelang Julie Wolfthorn, sich gegen alle Widerstände erfolgreich als Malerin in Berlin zu etablieren. Es war eine Zeit künstlerischer und gesellschaftlicher Umbrüche. Eine Zeit, in der Frauen begannen, die konservativen Rollenzuweisungen in Frage zu stellen und gleichzeitig die absurden Vorurteile zeitgenössischer Kunstkritik gegenüber weiblicher Kreativität zu widerlegen. Julie Wolfthorn war Teil eines Netzwerkes künstlerisch und gesellschaftlich aktiver Frauen. Durch ihr unermüdliches Engagement trug die Malerin schließlich auch zur Anerkennung der professionellen Kunstausübung von Frauen bei. So zählte sie als eine von vier Frauen zu den 65 Gründungsmitgliedern der »Berliner Secession«, jener fortschrittlichen Künstlergruppe, die sich 1898 unter dem Vorsitz von Max Liebermann von der konventionellen akademischen Kunst abspaltete. Neben ihrer künstlerischen Tätigkeit setzte sich die Malerin vehement für die Zulassung von Frauen zum Studium an den öffentlichen Kunstakademien ein. Sie war Mitglied in verschiedenen Frauenkunst- bzw. -kulturvereinen und gründete unter anderem gemeinsam mit Käthe Kollwitz 1906 die Ausstellungsgemeinschaft „Verbindung Bildender Künstlerinnen Berlin-München“, die sich der Förderung von Frauen in der Kunst widmete.



Julie Wolfthorn (1864 – 1944)
Landschaft (Worpswede)
Öl auf Leinwand, um 1897
© Privat



Julie Wolfthorn (1864 – 1944)
Bildnisstudie blauer Hut
Öl auf Leinwand, o. J.
© Privat

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 wurde Julie Wolfthorn aufgrund ihrer jüdischen Herkunft aus nahezu allen Vereinigungen ausgeschlossen, erhielt Publikationsverbot und durfte nur noch im Rahmen des „Jüdischen Kulturbundes“ und anderer jüdischer Institutionen ausstellen. Für die Künstlerin wurde es fast unmöglich, Aufträge zu erhalten. Ihre Bemühungen um ein Visum für eine Ausreise in die USA scheiterten.

1942, einige Tage vor ihrer Deportation in das Konzentrationslager Theresienstadt, schrieb sie an den Freund Carl Eeg: „Heute sende ich Ihnen den letzten Gruß. Wir warten hier auf d. Abtransport nach Theresienst. u. sind beinah zufrieden, endlich d. Ungewissheit los zu sein. Vergessen Sie uns nicht.“ (Postkarte vom 17.10.1942).

Am 28. Oktober 1942 wurde Julie Wolfthorn mit dem Transport I/72 von Berlin nach Theresienstadt gebracht. Sie überlebte zwei Jahre in Haft und starb krank und entkräftet aufgrund der Mangelernährung und der unzureichenden gesundheitlichen und hygienischen Bedingungen am 29. Dezember 1944. Julie Wolfthorn zählt zu den rund 35000 Menschen, die in Theresienstadt ermordet wurden.

Das Westpreußische Landesmuseum präsentiert anlässlich des 75. Todestages eine Übersicht über das Œuvre der Künstlerin. Gezeigt werden Porträts, Landschaften, Stillleben, grafische Arbeiten und biografische Dokumente aus Privatbesitz.

Jutta Fethke, Westpreußisches Landesmuseum

„Verlorene Dörfer in Masuren“ Ein deutsch-polnisches Studierendenprojekt

In einem gemeinsamen Projekt der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus mit dem polnischen Verein Sadyba Mazury und der Stiftung Borussia in Olsztyn haben Studierende der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und der Ermländisch-Masurischen Universität Olsztyn in zweiwöchigen Workcamps Friedhöfe von „Verlorenen Dörfern“ in der Johannisburger Heide/Puszcza Piska freigelegt und wieder sichtbar gemacht. Im September 2017 und 2018 arbeiteten die Studierenden der Geschichtswissenschaft und der Landschaftsarchitektur gemeinsam an der Konservierung und Dokumentation der evangelischen Friedhöfe von Groß und Klein Pasken sowie Wilken in Masuren. Die Historiker mussten sich dabei zunächst auf Quellensuche in das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin und das Staatliche Archiv in Allenstein/Archiwum Państwowe w Olsztynie begeben. Anhand der gefundenen Dokumente rekonstruierten sie die Geschichte der als Folge des Zweiten Weltkriegs zerstörten Dörfer und ihrer Bewohner. Die Landschaftsarchitekten dokumentierten die Lage und Strukturen der Friedhöfe und erstellten detaillierte Pläne. Die Ergebnisse der gemeinsamen Forschung fließen in eine Publikation, die von der Stiftung Borussia in Olsztyn herausgegeben wird. Unterstützt von der lokalen Oberförsterei werden die gewonnenen Erkenntnisse in Kurzform auf zweisprachigen Hinweisschildern präsentiert, die über die Geschichte der verschwundenen Dörfer und die Besonderheiten ihrer Friedhöfe informieren. Die Schülerinnen und Schüler des Ersten Allgemeinbildenden Lyceums in Johannsburg/Pisz werden künftig für ihre Pflege sorgen. Die Arbeiten 2017 wurden in dem Dokumentarfilm „Im Rücken der Geschichte“ des Düsseldorfer Filmemachers Daniel Raboldt festgehalten. Der Film ist in der Bibliothek des GHH auszuleihen, eine deutsch-polnisch-englische Version wird in absehbarer Zeit online zugänglich gemacht. Er wurde bereits bei verschiedenen Gelegenheiten in Deutschland und Polen öffentlich gezeigt. Dr. Sabine Grabowski konnte das Projekt in einem Studierenden-Workshop an der Ruhr-Universität Bochum im Juni 2018 sowie bei einer deutsch-tschechischen Konferenz der Karls-Universität Prag über „Grenze, Gedächtnis und Friedhöfe“ im September 2018 präsentieren. Ebenso wird das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz den Film im Rahmen einer internen Archivarschulung einsetzen. Das Projekt wird im Rahmen des Europäischen Kulturerbejahres auf der Internetseite „sharing heritage.de“ deutsch und englisch vorgestellt. In 2019 wird das Projekt mit einem Besuch der polnischen Kooperationspartner in Düsseldorf fortgesetzt.

Dr. Sabine Grabowski, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus
Düsseldorf



Deutsch-polnische Kooperationsarbeit auf den Friedhöfen von Wilken und Klein Pasken
Quelle: Grabowski

3 Tagungen / Veranstaltungen / Ausstellungen / Bildungsangebote

Tag der Schlesischen Kultur Dombaumeister Ernst Friedrich Zwirner im Mittelpunkt

Der Landsmannschaft Schlesien, Landesgruppe NRW ist es seit Jahren ein besonderes Anliegen am „Tag der Schlesischen Kultur“ insbesondere auch Hochkultur zu präsentieren. Dies reicht von klassischer Musik bis zu Vorträgen über große Schlesier. In den letzten Jahren waren Paul Ehrlich, Dietrich Bonhoeffer und Edith Stein im Mittelpunkt. Dieses Mal war es der schlesische Baumeister Ernst Friedrich Zwirner aus Jakobswalde Kreis Cosel/Oberschlesien, dessen Werdegang und Werke der Kunsthistoriker und Doktorand Sebastian Himmes (Köln) in einem Lichtbildervortrag aufzeigte. Seine bedeutendste Leistung ist der Bau des Kölner Doms. Bis 1842 eine Bauruine, begann Zwirner im Auftrag des preußischen Königs mit der Vollendung der wichtigsten katholischen Kirche in Deutschland. Bereits 1861 verstorben, konnte Zwirner die Einweihung des von seinem Vertreter nach seinen Plänen fertig gestellten Doms nicht mehr erleben.

Der Lebensweg von Zwirner ging über sein Studium an der Breslauer Universität, das er in Berlin fortsetzte und dort 1830 abschloss. Schon während seiner Studentenzeit kam er mit dem bekannten Baumeister Schinkel zusammen, der sein außergewöhnliches Talent erkannte. Er übertrug ihm deshalb Projekte wie den Schinkelturm auf Hiddensee und den Bau des Rathauses in Kolberg.

Der König von Preußen beauftragte Zwirner 1842 aufgrund seiner überzeugenden Pläne mit der Vollendung des Kölner Doms. Aus einer vor dem Abbruch stehenden Bauruine wurde bis 1880 das heutige Bauwerk geschaffen. Mit dem Dombau war auch Bahnbrechendes gelungen. Die neue Eisenkonstruktion des Daches war in dieser Größenordnung einmalig in Europa. Sie bewahrte den Dom im Zweiten Weltkrieg vor dem Einsturz durch alliierte Bomben. Bei einem Dachstuhl aus Holz hätte dieser in Flammen gestanden und

das Bauwerk wäre eingestürzt. Heute ist die Kirche mit 6 Millionen Menschen das am meisten besuchte Bauwerk in Deutschland. Es steht für die Leistungen eines Schlesiers, der mit Carl Gotthard Langhans (Brandenburger Tor) und Julius Carl Raschdorff (Berliner Tor) für schlesische Baukunst steht.

Begeisterung erzeugten ebenso die anderen Programmpunkte bei den Teilnehmern der gut besuchten Veranstaltung.

Mit Werken von Frederik Chopin, Josef Haydn, Robert Schumann und Johann Sebastian Bach hinterließen junge Künstler ein eindrucksvolles Bild ihres Könnens. Leon Vilents (17 Jahre) und Leonid Demikhovskij (11 Jahre), beide am Flügel und mit der Geige Kaita Ito (16 Jahre) zeigten ihr ganzes Talent, das auch schon durch Unicef Welt, bzw. mit dem 1. Preis in Deutschland bei Jugend musiziert ausgezeichnet wurde.

Schlesisches Heimatgefühl vermittelte Dorothea Weniger mit ihrem Mundartvortrag in ihrer unnachahmlichen Art. Aus Hohenlimburg waren mit ihr auch die Tanz- und Trachtengruppe „Der Fröhliche Kreis“ angereist, der durch seine exakte Darstellung wiederum bestach. Die seit 25 Jahren in Deutschland lebende Französin Isabelle Kusari begeisterte die Schlesier dank ihrer großartigen Stimme mit schlesischem Liedgut, das nachhaltig auf die Anwesenden wirkte. Wie schon zur Tradition geworden, beschloss der Bläserchor „Bergleute aus Ost und West“ mit Liedern aus Schlesien die Veranstaltung.

Landesvorsitzender Rudi Pawelka dankte abschließend seinem Stellvertreter Hans- Peter Mann für das von ihm zusammen gestellte hochwertige Programm, das seinesgleichen suchen dürfte.

Rudi Pawelka, Landesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, NRW



Hans-Peter Mann organisierte die Veranstaltung



Gut besuchte Veranstaltung im Gerhart-Hauptmann-Haus
Fotos: Lm Schlesien

4

Nachrichten aus der evangelischen und katholischen Aussiedlerarbeit

Das Erzbistum Köln lud am 21. Oktober 2018 zum Fest der heiligen Hedwig zur Diözesan-Wallfahrt der Heimatvertriebenen und Aussiedler nach Köln. Um 12.00 Uhr fand das Festhochamt im Hohen Dom zu Köln unter Mitwirkung des Oberschlesischen Blasorchesters Ratingen statt. Zelebrant war Pfarrer Rainer Hoverath. Am selben Tag faden in Köln Andachten verschiedener Landsmannschaften statt: Im Hohen Dom: Das Rosenkranzgebet der Schlesier und die St. Hedwigs-Andacht mit anschließendem Totengedenken auf dem Domherrenfriedhof.

Deutsche aus Russland waren im Anschluss an das Festhochamt im Hohen Dom zur Begegnung mit Pfarrer Rainer Hoverath im Pfarrsaal von St. Maria in der Kupfergasse eingeladen mit anschließendem Gebet der Deutschen aus Russland.

Pfr. Rainer Hoverath

Erzbischöfliches Generalvikariat Köln, Hauptabteilung Seelsorge/ Diözesanbeauftragter für Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge Pfr. Rainer Hoverath, Email: rainer.hoverath@erzbistum-koeln.de; Tel. 0221-27228650



5

Mitteilungen von Stiftungen, Verbänden und Vereinen in Nordrhein-Westfalen



Auf dem Schiff wurden alle Gruppenabgeordneten vom Bürgermeister, dem Europeadepräsidenten und dem Regionalpräsidenten empfangen. Gemeinsam mit baltischen und skandinavischen Gruppenabgeordneten wartet die Gruppe auf den Einlass zum Schiff.

Die Europeade 2017 in Turku/Finnland

Die Europeade, das größte Kultur- und Trachtenfestival in Europa, fand dieses Jahr in Turku, der zweitwichtigsten Stadt Finnlands statt. Fünf Tage lang machten 6500 Tänzer, Musiker, Sänger und die vielfältigen Trachten die Stadt zum Herzen Europas. Schon die Anreise war eine Reise quer durch Europa.

Die meisten Mitglieder des Fröhlichen Kreises starteten bereits am Wochenende von Nordrheinwestfalen aus zur Europeade, denn die 2700 Kilometer bis Turku mussten überwunden werden. Von Aachen aus über Kerpen, Ber-



Die Tanzgruppe Fröhlicher Kreis und Dialog haben einen eigenen gemeinsamen Auftritt im Freilichtmuseum von Turku.
Quelle: Glattki

gisch Gladbach, Wuppertal, Dortmund, Hagen und Bielefeld ging es die ersten 1000 Kilometer nach Schlesien. In Dylaki, Kreis Oppeln, erwartete uns unsere oberschlesische Partnergruppe Dialog.

Nach einer Übernachtung und einem ausgedehnten Frühstück starteten wir gemeinsam mit unseren oberschlesischen Freunden von Dialog in Richtung Finnland. Voller Vorfreude und guter Laune ging es mit dem Bus los. Die Reiseroute führte quer durch Polen, Litauen, Lettland und Estland. In Tallinn setzten wir mit der Fähre nach Helsinki über und fuhren dann weiter nach Turku.

Als wir in Turku ankamen schien die Sonne und der Himmel war blau. Dann ging es in die Unterkunft in eine Schule. Am frühen Abend begann im Zentrum der Willkommensabend der finnischen Gruppen. Am Varvintori-Platz am Flussufer der Aurajoki tummelten sich bereits viele Teil-

„Tampete“ so heißt der Tanz, der hier getanzt wird. Im ganz großen Kreis tanzen fast alle schlesischen Tänzer auch diesen Auftrittstanz beim Straßenauftritt in der Innenstadt von Turku. Hier sind bei diesem Tanz 48 Tänzerinnen und Tänzer in Aktion.

nehmer. Wir genossen die finnischen Tänze, die Musik und trafen alte und neue Freunde. Spät kehrten wir in unsere Schule zurück.

Der Donnerstagmorgen begann mit einem typisch finnischen Frühstück – die Finnen essen morgens Milchhafergrütze mit Kompott – Brot und viel Kaffee. Nach dem Frühstück zogen wir komplett die Trachten an und es ging los in den ersten Europeadetag. In den oberschlesischen und niederschlesischen Trachten, die von vielen bestaunt wurden, fuhren wir in die Stadt. Dort trafen wir uns für die erste gemeinsame Probe mit allen Tänzern und Musikern. Wir tanzten unseren gemeinsamen Auftritt in der Fußgängerzone. Im Gartorade-Center fand der Eröffnungsabend statt. In der großen Halle finden neben den 6500 Europeade-Teilnehmern auch nochmal die gleiche Anzahl Besucher Platz und das Spielfeld, auf dem getanzt wurde, ist groß. Besonders die baltischen und finnischen Gruppen waren mit richtig vielen Tänzern vertreten. Die Schlesier waren mit ca. 70 Teilnehmern vertreten.

Der Freitag begann mit dem Frühstück in der Schule. Anschließend fand eine Gesamtschlesische Tanzprobe für den Europeadetanz statt. Die anderen schlesischen Tänzer kamen zu uns und auf dem Schulhof gingen wir unter dem scharfen Blick von Ulli aus Wiesbaden nochmal unsere Hanaks-Konter-Quadrille durch.

Da die Bühnen groß genug sind, bereiteten alle Tänzer den Auftrittstanz vor. Nach der Tanzprobe gab es noch eine Chorprobe für die Chorsänger, die am Abend im Musiktheater auftreten. Es blieb dann noch Zeit für das gemeinsame Mittagessen-Picknick und dann ging es wieder los. In Tracht machten wir uns auf den Weg ins Freilichtmuseum Turku, in dem der nächste Auftritt stattfand.

Der schlesische Chor trat mit 3 Volksliedern in der Musikhalle auf. Immer drei Chöre präsentierten sich zusammen. Ziemlich zum Anfang waren wir dran. Wir traten mit einem estnischen Volkschor und einem modernen Frauenchor auf die Bühne. Das Publikum folgte begeistert unserem „Elbe“-Lied, dem Eichendorff-Lied „Wandern“ und beim Tanz-Canon klatschten fast alle Zuhörer mit.

Die Tage in Turku vergingen wie im Fluge. Am Mittwoch waren wir wieder in Schlesien. Bis dahin hatten wir noch einige Auftritte, besuchten einen beeindruckenden und denkwürdigen Gottesdienst und erlebten eine wunderbare Parade, ein unvergessliches Picknick sowie einen tollen Empfang beim Bürgermeister. Einen schönen Abschluss bildeten der Ball „Europe“ in der Stadt und erst recht die Finalveranstaltung in der Gartorade-Halle mit unserem Einmarsch, dem Tanz und dem Ausmarsch. 28 Tänzerinnen und Tänzer waren dabei. Es war großartig und einfach unvergesslich. Im nächsten Jahr werden wir auf jeden Fall bei der Europeade wieder dabei sein. Die Europeade 2019 findet vom 17. – 21. Juli 2019 in Frankenberg (Eder) statt.

(Text gekürzt, B. Glattki, Schlesischer Kreis, Leverkusen)



Kathi mit dem „Fröhlicher Kreis“ Schild war die jüngste Teilnehmerin der schlesischen Gruppen. Stolz durfte sie das Schild in der großen Parade vorneweg tragen.

Fotos Fröhlicher Kreis, B. Glattki (privat).



Wenn der offizielle Teil der Abschlussveranstaltung vorbei ist, stürmen alle (wirklich fast alle) Tänzer und Tänzerinnen, Fahnen-träger, Musiker der Orchestergruppen und alle sonstigen Aktiven die Tanzfläche, um gemeinsam mit Polonäse, Reigen oder paarweise zu tanzen. Der grönländische Eskimo tanzt dann mit der Französin aus der Provence oder die Balten, Tschechen und Belgier formen eine lange Tanzschlange, die sich durch die Massen schlängelt. In Österreich heißt diese Tanzform auch „Schleu-niger“. Alle improvisieren und haben viel Spaß. Diese „Nachfeier“ der offiziellen Veranstaltung dauert meist eine Stunde. Man trifft Freunde, die man bisher noch nicht getroffen hat, und lernt neue Freunde kennen.

5 Mitteilungen von Stiftungen, Verbänden und Vereinen in Nordrhein-Westfalen

Erfolgreiche Frauentagung der nordrhein-westfälischen Sudetendeutschen Landsmannschaft

Mit berechtigtem Stolz konnte die nordrhein-westfälische Landesfrauenreferentin der Sudetendeutschen Landsmannschaft Brigitta Gottmann (Lüdenscheid) die zahlreich erschienenen Teilnehmerinnen der diesjährigen Landesfrauentagung am 27. April im Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf begrüßen. Ein besonders herzliches Willkommen galt dem vor kurzem aus seinem Amt geschiedenen Ex-Landesobmann Günter Reichert, der die Grüße sowohl seines Nachfolgers Werner Appl (Krefeld) und des gesamten Landesvorstands als auch des Sprechers der sudetendeutschen Volksgruppe Bernd Posselt überbrachte. In seiner Ansprache würdigte Reichert die Verdienste der Frauen in den Kreisgruppen und vor allem der Landesfrauenreferentin Brigitta Gottmann aufgrund ihres großartigen Wirkens. Darüber hinaus dankte er ganz speziell Irmgard Abelsmann (Wesel) für ihren langjährigen Einsatz als Schriftführerin im nordrhein-westfälischen SL-Landesvorstand und Christa Schmalbach (Krefeld) für ihre Bereitschaft, dem neuen Landesvorstand als Stellvertretende Landesobfrau und Landeskulturreferentin anzugehören. Als Abschiedsgeschenk bzw. als Wegzehrung für das neue Amt erhielten Irmgard Abelsmann, Christa Schmalbach und Günter Reichert von Brigitta Gottmann eine Flasche mit kräftigendem Inhalt überreicht.

Quasi als Einstand in der neuen Funktion als Landeskulturreferentin ließ Christa Schmalbach in ihrem Referat „O Täler weit, o Höhen“ das Leben und das Werk des großen Dichters der Romantik Joseph Freiherr von Eichendorff Revue passieren. Am 10. März 1788 auf Schloss Lubowitz bei Ratibor in Oberschlesien in eine wohlhabende Gutsbesitzerfamilie hineingeboren, musste auch Eichendorff den



Im Mittelpunkt der nordrhein-westfälischen SL-Landesfrauentagung standen (v. l.) Günter Reichert, Brigitta Gottmann, Irmgard Abelsmann, Gertraud Rakewitz und Christa Schmalbach.

Niedergang der hochverschuldeten Familiengüter erleben. Als Jurist mit einer anstrengenden Laufbahn als Referendar, Assessor und Regierungsrat in Breslau und Berlin hat er nebenher Gedichte, Novellen und Erzählungen geschrieben, die bis heute ihre Wirkung nicht verfehlen. Die Novellen „Aus dem Leben eines Taugenichts“, „Schloss Dürande“ und „Das Marmorbild“ sowie eine Vielzahl von Gedichten und Erzählungen sind Bestandteil der Weltliteratur. In seinem Leben hat Eichendorff bei verschiedenen Anlässen fast die gesamte geistige und kulturelle Elite der Spätromantik kennengelernt, darunter auch viele Komponisten. Diese fanden vor allem an den Gedichten Eichendorffs Interesse. Von daher stammen viele Vertonungen wie „O Täler weit, o Höhen“, das „Lied der Prager Studenten“ („Nach Süden nun sich lenken“), „In einem kühlen Grunde“ oder „Wenn ich ein Vöglein wär“. Eichendorff wird heute nicht nur von den Deutschen, sondern von vielen Völkern auf der Erde geschätzt, so auch bei Japanern und Chinesen. Am 26. November 1857 starb Joseph Freiherr von Eichendorff in Neisse im heute polnischen Oberschlesien.

Ein weiterer Leckerbissen war der Vortrag von Gertraud Rakewitz (Birgel) über die Geschichte der Orgelbauer-Familie Neusser aus Neutitschein in Mähren. Bei dem Versuch, die Ahnentafel der Familie ihres Vaters Karl Maria Neusser zu vervollständigen, entdeckte sie, dass dessen Urgroßvater im Jahr 1828 eine Orgelfabrik in Neutitschein gegründet hatte, zunächst mit durchwachsenem Erfolg. Mit der Übernahme der Firma durch dessen Sohn Karl Anton Borromäus Neusser, der nicht nur die Orgelbaukunst beherrschte, sondern auch Organist war und dazu noch kaufmännisches Talent hatte, stellte sich der Erfolg ein. Karl Neusser entwickelte eine romantische, damals sehr beliebte Orgelform. Immer wieder verbesserte er seine Orgeln, die als die besten in der Monarchie angesehen wurden. So verlegte er den Sitz des Organisten in die Mitte der Orgel, sodass dieser den liturgischen Ablauf der Gottesdienste direkt und nicht mehr durch einen Spiegel verfolgen konnte. Er verbesserte die Pedale, die Register, den Klang der Orgeln und war einer der Ersten, die pneumatische Orgeln konstruierten und bauten. Zudem stellte er Harmonien für den Hausgebrauch und für die Schulen her. Im Jahr 1925 musste die Firma aufgrund der gewachsenen Konkurrenz und gesteigerter Auflagen in der neuen Tschechoslowakischen Republik verkauft werden. Neusser-Orgeln sind noch in vielen Orten der ehemaligen österreichischen Monarchie zu finden, etwa in dem Stadtmuseum von Neutitschein. Eine Neusser-Orgel hat Gertraud Rakewitz in Wien entdeckt; sie wurde von dem Sudetendeutschen Museum in München übernommen.

Weitere Schwerpunkte der Landesfrauentagung waren die Berichte aus der Frauenarbeit in den einzelnen Kreisgruppen sowie die Vorbereitung des Informationsstandes beim 69. Sudetendeutschen Tag in Augsburg zum Thema „Heimat – Aktivitäten – Visionen. Aktivitäten in Wort und Bild der Frauen in Nordrhein-Westfalen“. Die Wiederwahl der

Landesfrauenreferentin Brigitta Gottmann bei der zwei Wochen vorher stattgefundenen Landesversammlung wurde einstimmig bestätigt; als Vertreterinnen wurden Gertraud Rakewitz und Christa Schmalbach gewählt. Traditionell umrahmt wurde auch die diesjährige Landesfrauentagung mit einem Totengedenken, besinnlichen Gedichten und dem gemeinsamen Singen vertrauter Lieder mit der Gitarrenbegleitung von Ingrid Pimpl (Düsseldorf). Der ausdrückliche Dank der Teilnehmerinnen galt allen Mitwirkenden und insbesondere der Landesfrauenreferentin Brigitta Gottmann für die Vorbereitung dieser qualitativ hochstehenden Veranstaltung.

Autor: Dr. Günter Reichert, Sudetendeutsche Landsmannschaft

Zu Gast im Adenauer-Haus



Die Bonner Kreisgruppe zu Besuch in der Adenauer-Gedenkstätte (v. l.): Stellvertretender Kreisobmann Günter Reichert, Geschäftsführerin Corinna Franz und Kreisobmann Rudolf Landrock; dahinter ein Porträt von Konrad Adenauer aus seiner Zeit als Kölner Oberbürgermeister (1917 – 1933).

Die Kreisgruppe Bonn besuchte die Gedenkstätte der „Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus“ in Bad Honnef-Rhöndorf. Anstelle des in den letzten Jahren üblichen ganztägigen Sommer-Ausflugs veranstaltete die Kreisgruppe Bonn in diesem Jahr einen halbtägigen Besuch in Rhöndorf, einem Stadtteil von Bad Honnef bei Bonn. Ziel war die Konrad-Adenauer-Gedenkstätte, die einerseits aus dem im vorigen Jahr anlässlich des 50. Todestages des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland neu gestalteten Museum und andererseits aus dem Wohn- und Sterbehaus dieses bedeutenden Staatsmanns besteht.

Die Geschäftsführerin der „Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus“ Corinna Franz, die auf Anregung ihres sudetendeutschen Geschichtslehrers Herfried Stingl bereits als Schülerin an Seminaren des Arbeitskreises Sudetendeutscher Studenten (ASST) auf dem Heiligenhof teilgenommen hat, ließ es sich nicht nehmen, die Bonner Landsleute unter Führung des Kreisobmanns Rudolf Landrock und seines Stellvertreters Günter Reichert besonders herzlich

willkommen zu heißen. Sie schilderte die Entstehungsgeschichte dieser Stiftung und führte in die Konzeption des Museums ein, das sich durch eine klare Gliederung und eine alle Generationen ansprechende Präsentation auszeichnet. Besondere Aufmerksamkeit fand die im „Kanzlerzimmer“ als Symbol für die Eingliederung der deutschen Heimatvertriebenen ausgestellte „Meistergeige“, die im Jahr 1957 in Bubenreuth bei Erlangen geschaffen wurde, wo sich über einhundert Geigen- und Gitarrenbauer aus dem Egerland angesiedelt hatten. In ihrem „Fluchtgepäck“ befanden sich nicht nur Werkzeuge wie der Hobel und das Schnitzmesser, das von dem Museum „Bubenreuthem“ für die Rhöndorfer Ausstellung zur Verfügung gestellt wurden, sondern vor allem das äußerst wichtige Fachwissen über die Instrumentenherstellung. Konrad Adenauer hatte der Geigenbauersiedlung Bubenreuth im Jahr 1957 einen Besuch abgestattet.

Nach dem für manche Teilnehmer mühsamen Aufstieg zum Wohnhaus konnte zunächst ein Blick in den Pavillon geworfen werden, in dem Konrad Adenauer nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler seine Memoiren geschrieben hat. Das Wohnhaus, das in dem Zustand zum Zeitpunkt des Todes von Adenauer erhalten bleibt, besticht zum einen durch seine Bescheidenheit und zum anderen durch auserlesene Kunstwerke mit raffiniert ausgetüftelter Beleuchtung. Interessant waren auch verschiedene Geschenke von Staatsmännern aus aller Welt sowie zwei – künstlerisch mehr oder weniger bedeutsame – Gemälde des britischen Premierministers Winston Churchill und des amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower.

Im Anschluss trafen sich die Teilnehmer in dem traditionellen Café Profitlich in Rhöndorf zur Stärkung und zum Meinungsaustausch über die vielen Eindrücke, die bei dieser Begegnung mit dem wohl größten deutschen Staatsmann der Nachkriegszeit aufgenommen worden sind.

Dr. Günter Reichert



Eine Meistergeige aus Bubenreuth sowie ein Hobel und ein Schnitzmesser aus der Egerländer Heimat sind stellvertretend für das Schicksal sudetendeutscher Heimatvertriebener im Adenauer-Museum in Bad Honnef-Rhöndorf zu sehen.

5 Mitteilungen von Stiftungen, Verbänden und Vereinen in Nordrhein-Westfalen

Zurück zu den Wurzeln – Gemeinsame Vorstandssitzung zum 25-jährigen Jubiläum des Vereins zur Pflege schlesischer Kunst und Kultur e.V. mit dem Verein HAUS SCHLESISIEN e.V.

Die Vorstände des Vereins HAUS SCHLESISIEN e.V. und des „Vereins zur Pflege schlesischer Kunst und Kultur“ e.V. (VSK) trafen sich am 25. Mai 2018 im HAUS SCHLESISIEN zu einer gemeinsamen Vorstandssitzung. Über fünfzehn Jahre hinweg hatte sich HAUS SCHLESISIEN seit 1978 bereits als Kultur- und Begegnungsstätte im Westen der Bundesrepublik etabliert, als aus der Aufbruchsstimmung der Jahre nach der politischen Wende heraus der damalige Präsident Dr. Klaus Ullmann Initiator einer zu dieser Zeit noch neuen Kultur- und Denkmalpflege in Niederschlesien wurde. Gemeinsam u.a. mit Dr. Albrecht Tyrell, dem damaligen Museumsleiter im HAUS SCHLESISIEN und Dr. Heinrich Trierenberg gründete er 1993 den „Verein für schlesische Kunst und Kultur“ (VSK), der nun sein 25-jähriges Jubiläum am Ursprungsort in Königswinter beging.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 rückte Schlesien wieder als eine aus dem Westen Europas „erreichbare“ Region in den Fokus und es schien denkbar, auch vor Ort das kulturelle Erbe dieser wichtigen Region mit Leben zu füllen. So wurde schließlich 1993 der VSK gegründet, dessen Vereinssitz sich auf Schloss Lomnitz im Hirschberger Tal befindet. Hauptaufgaben des VSK sind die Förderung, Pflege und Erhaltung schlesischer Kulturwerte vor Ort in Schlesien. Neben Vorträgen, Konzerten und Seminaren liegt ein weiterer Schwerpunkt im Denkmalschutz der Region.

Die Leistungen der vergangenen 25 Jahre bestehen vor allem in der enormen Initialwirkung zur Wiederherstellung geschichtsträchtiger kultureller Werte, die die Gründergeneration des VSK ausgelöst hat. In vielen Projekten leistete der Verein bereits Unterstützung, dabei war von Anfang an eine wichtige Voraussetzung seine Brückenfunktion zwischen polnischen und deutschen Instanzen. Seine neueste Initiative ist die Stiftung eines Denkmalschutzpreises, denn nach wie vor gibt es wenig staatliche Anreize in Polen für die Wiederherstellung kleinerer denkmalgeschützter Objekte.

Zum Jubiläums-Treffen im HAUS SCHLESISIEN reiste nahezu der gesamte Vorstand des VSK an. Der Vorsitzende Christopher Schmidt-Münzberg aus Hirschberg, der stellv. Vorsitzende, Franz-Friedrich Prinz von Preußen aus Potsdam, die Schatzmeisterin Brigitte Stammann aus Berlin, vom Beirat dessen Vorsitzender, Dr. Gerhard Schiller aus Oppeln und Alfred Theisen aus Görlitz, und nicht zuletzt die Beisitzer Wolfgang Thust und Sven-Alexis Fischer sowie der Ehrenvorsitzende Carsten Riemann. Das Foto zeigt beide Vorstände rund um die Büste des „schlesischen Urgesteins“ Gerhart Hauptmann.



VSK Vorstände

Im Pressegespräch mit den Bonner Tageszeitungen brachte der in Grünberg gebürtige Franz-Friedrich Prinz von Preußen vor allem seine Freude darüber zum Ausdruck, dass die Marschallin der Wojewodschaft Lebus, dem heutigen Verwaltungsbezirk dieser einst zu Niederschlesien gehöri-gen Region, lebhaftes Interesse an Schloss Saabor hat und dessen Renovierung sowie Nutzung als Kulturzentrum intensiv unterstützt. Zur Einweihung des 2017 restaurierten Spiegelsaales war der Prinz Ehrengast und stiftete ein Porträt seiner Großmutter Hermine von Reuss, der letzten Eigentümerin von Schloss Saabor, die 1922 den verwitweten Kaiser Wilhelm II. geheiratet hatte und von Saabor aus 1945 vor der Roten Armee fliehen musste.

Architekt Christopher Schmidt-Münzberg, der Schloss Wernersdorf wieder aufgebaut hat und als Bremer mit Breslauer Wurzeln seinen Lebensmittelpunkt ins Hirschberger Tal verlegt hat, stellt seit geraumer Zeit eine Renaissance des Interesses an Schlesien fest, das es auszubauen gilt und letztlich bei möglichst vielen Menschen verankert werden muss. Er würdigte zugleich die Leistungen von HAUS SCHLESISIEN: „Es ist beeindruckend, wie hier, so weit im Westen, schlesische Kultur präsentiert wird und Brücken geschlagen werden über 800 Kilometer hinweg.“ Prof. Michael Pietsch, Präsident des Vereins HAUS SCHLESISIEN, unterstrich, dass es für HAUS SCHLESISIEN vor allem wichtig ist, diese Aktivitäten gemeinsam mit den Menschen aus der Region zu gestalten. Auch der langjährige Vorsitzende und jetzige Ehrenvorsitzende des VSK, Carsten Riemann, betonte das große Interesse der Polen an der deutschen Vergangenheit und die Potentiale der Zusammenarbeit, die sich daraus künftig noch ergeben.

Die gemeinsame Jubiläums-Vorstandssitzung soll Anlass sein, die Kontakte zwischen beiden Vereinen künftig zu intensivieren und gemeinsame Projekte zu initiieren.

Am 06. Oktober begeht der VSK sein 25-jähriges Jubiläum. Ort ist der Festsaal des Palais Schaffgotsch in Bad Warmbrunn. Zu diesem Anlass wird zudem der diesjährige Denkmalpreis des VSK in diesem feierlichen Rahmen vergeben.

Nicola Remig, Haus Schlesien

Zurück zu den Wurzeln – Gemeinsame Kranzniederlegung des Bundes der Vertriebenen in Leverkusen am Gedenktag

Der Bund der Vertriebenen Leverkusen hat am Ostdeutschen Kreuz und Friedensstein auf dem Friedhof Leverkusener-Manfort der Opfer von Flucht und Vertreibung gedacht. Anlass war der in diesem Jahr zum dritten Mal stattfindende Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung. Dieser Gedenktag wurde 2014 von der Bundesregierung eingeführt und wird in jedem Jahr am 20. Juni begangen. Der BdV-Vorsitzende in Leverkusen Rüdiger Scholz erinnert in seiner Gedenkrede an die Schrecken von Flucht und Vertreibung am Ende und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Rund 2,5 Millionen Menschen verloren dabei ihr Leben. Wichtig sei, dass die Geschehnisse von damals nicht in Vergessenheit geraten. Deshalb begrüßt er die Initiative, noch lebende Zeitzeugen in die Schulen zu entsenden, damit sie dort über ihre Erlebnisse berichten können. Er appelliert an die Leverkusener Schulen, dieses Angebot anzunehmen, zumal es nicht mehr lange möglich sein wird, da die Zeitzeugen leider immer weniger werden.

► www.leverkusen.com/presse/db/presse.php?view=00037414

Tätigkeitsbericht vom Verein „Dialog+“ e. V.



DIALOG + e.V.

Dienstags treffen sich Senioren beim Verein Dialog + e.V. im Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf, um ihr Deutsch in Gesprächen zu verschiedenen Themen zu verbessern und Neuigkeiten aus verschiedenen Bereichen des Lebens zu erfahren oder austauschen. Dabei geben sie ihre Kompetenzen in verschiedenen Arbeitsgruppen wie Literaturclub „Pegasos“, Musikclub „Rondo“ und anderen weiter. Die Erkundigung der Geschichte der alten neuen Heimat Deutschland bleibt ein fester Bestandteil unserer Tätigkeiten, indem wir verschiedene geschichtlich wichtige Städte bereisen und uns dabei mit deren Vergangenheit und Gegenwart auseinandersetzen. In diesem Jahr be-



suchten wir unter anderem die seit dem 16. Jahrhundert bestehende Festung Ehrenbreitstein. Die Geschichte der Stadt Düsseldorf und Deutschlands, die die Straßennamen erzählen, beschäftigt uns in diesem Jahr besonders stark. Und sie berichten über eine spannende Vergangenheit! Wir haben Kenntnis von der Bedeutung Schadows, Medicis, Wilhelm Kreis, Kurt Tucholsky`s, Feuerbachs, Immermanns und vieler anderer Persönlichkeiten für Deutschland und die Welt erhalten.

Auch die Kinderfrühförderungsgruppe, die wir in Kooperation mit der Diakonie betreuen, gibt uns das Gefühl, gebraucht zu werden. Die Kinder lernen Deutsch, Lieder, Basteln und sie nehmen an den kulturellen Angeboten des Kunstmuseums, der Tonhalle, des Puppentheaters usw. teil. Höhepunkt des Jahres war der Auftritt der ethnographischen Tanzgruppe „Folklorewagen“ aus Petrosawodsk, die auf unsere Einladung am 29.09.2018 im Gerhart-Hauptmann-Haus aufgetreten ist.



Die Gruppe wurde im Jahr 2000 an der national-kulturellen Autonomie der russischen Deutschen in Petrosawodsk gegründet. Das Ziel der Gründung war die Erhaltung von tänzerischer Kultur russischer Deutsche. Im Repertoire der Gruppe sind Tänze aus verschiedenen Teilen Deutschlands. Bei vielen handelt es sich um Teile, aus denen Deutsche vor Jahrhunderten auf besondere Einladung von Jekaterina II. in noch leer stehende Regionen Russlands umgesiedelt wurden. Die Schirmherrschaft für diese Veranstaltung übernahm der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Thomas Geisel.



5 Mitteilungen von Stiftungen, Verbänden und Vereinen in Nordrhein-Westfalen

Die Teilnehmer der Tanzgruppe „Folklorewagen“ hat den zahlreichen Zuschauern ein schönes Programm aus deutschen Folkloretänzen präsentiert. Nach Rufen aus dem Saal „Zugabe! Zugabe!“ wurde das Programm verlängert und der anschließende Workshop für alle Anwesenden fing mit Verspätung an. Die Bereitschaft der Zuschauer, mitzumachen und einige Grundschritte zu erlernen, war sehr groß. Auch die Stimmung war super toll!

Nach der Eröffnung des Programms durch die Vorsitzende des Vereins „Dialog+“ e. V. Lydia Bitsch begrüßten auch der Vorsitzende der VIRA e. V. Alexander Kühl und der Vorsitzende der Landesgruppe NRW der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. Dietmar Schulmeister die Gäste. Lydia Bitsch, Dialog + e.V.

Unser Vorstand bedankt sich bei allen, die bei der Vorbereitung und Durchführung des Projektes mitgeholfen haben. Dialog*, Lydia Bitsch 0211-749 61 32, E-Mail: dialog-ev@gmx.de, Lydia Münch 0211-170 96 83.

mit den Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen, Kirchen etc. voranzutreiben. 1997 erhielt der Verein die Goldplakette im 3. Bundeswettbewerb „Vorbildliche Integration von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland“ von der Bundesregierung. Unterstützung erhielt der Verein auch durch die evangelischen Kirchen. Als der Umzug bevorstand, hat die Vereinsvorsitzende Julia Weber die Ehrenamtlichen eingeladen, um zu besprechen, ob die Aufgabe, die sich der Verein 1994 gestellt hat, nunmehr beendet ist. Von den Anwesenden wurde der Wunsch geäußert weiter zu machen, denn der Verein ist eine bekannte Anlaufstelle geworden.

Seit dem 1. September lautet die neue Vereinsadresse: Hafen der Hoffnung e.V., Turmstraße 36 H, 47533 Kleve. Die Mailadresse: info@hafen-der-hoffnung.de und die Telefonnummer: 02821-582002 bleiben. Die Beratungszeiten und andere Informationen sind auf der Homepage www.hafen-der-hoffnung.de angegeben.

Der Verein Hafen der Hoffnung e.V. ist umgezogen



von links: Georg Freuling, Brigitte Angenendt, Elisabeth Schell, Ute Tödter, Julia Weber, Irina Kroll und Joachim Rohländer.

(Quelle: Verein Hafen der Hoffnung)

Nach 20 Jahren verabschiedete sich der Verein Hafen der Hoffnung von der Feldmannstege 2 in Kleve. Er verließ damit den Raum, der 1998 als Vereinsbüro eingerichtet wurde. Der erste „Hafen“ der Russlanddeutschen in Kleve war ab 1992 bis zur Vereinsgründung im Jahre 1994, die auf Initiative der Einheimischen initiiert wurde, die Christus-König-Kirche in Kleve.

Ab 1998 arbeiteten weitere Mitarbeiterinnen hauptamtlich unter anderem in den Projekten „Integration jugendlicher Aussiedler im Kreis Kleve“ (1999-2001) und „Russlanddeutsche Frauen stärken“ (2002-2005). Es war bis heute eine spannende Zeit.

In den 90-er Jahren kamen Deutsche aus Russland in den Kreis Kleve. Das Einleben der Russlanddeutschen und die Information der hiesigen Bevölkerung über die Zugezogenen wurden intensiv vom Verein unterstützt. Der Vorstand legte einen großen Wert darauf, die Integration gemeinsam

Gelebte Partnerschaft mit Kreuzenort: Iserlohner Delegation besuchte Beethoven-Liszt Konzert in Oberschlesien

Auf Einladung des Bürgermeisters der Gemeinde Kreuzenort, Gregor Utracki, fuhr eine Delegation aus Nordrhein-Westfalen vom 18. bis 20. Mai 2018 nach Kreuzenort/Oberschlesien. Der Anlass waren die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung von Partnerschaftsverträgen mit den tschechischen Gemeinden Schillersdorf, Hatsch und Pist und der deutsch-ungarischen Gemeinde Rátka verbunden mit dem alljährlich stattfindenden Konzert zu Ehren von Ludwig van Beethoven und Franz Liszt im Schlosspark Lichnowsky. Da der Eingeladene Hans-Joachim Muschiol, Iserlohn, leider nicht teilnehmen konnte, führen der Delegationsleiter Bernhard Giemsa, stellvertretender Vorsitzender der Schlesischen Trachten- und Jugendgruppe Iserlohn, und Muschiols Enkel Paul Muschiol, sowie Roswitha Möller, Mitglied des BdV-Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen, am 18. Mai nach Benkowitz. Nach über 11 Stunden Fahrt durch den Pflingstreiseverkehr gelangte die Delegation gegen Abend ans Ziel und wurde herzlich vom Bürgermeister von Kreuzenort und seinem Stellvertreter Gregor Swoboda empfangen. Nach dem gemeinsamen Abendessen mit den Vertretern der Gemeinden Seeshaupt und Aschach an der Donau folgte ein Bowling-Abend. Nach dem Frühstück am Samstagmorgen führen alle Vertreter der Gemeinden mit einem Bus zu den Meandern der Oder, das sind die ehemaligen Flussläufe. Der neu erbaute Aussichtsturm eröffnete ihnen einen imposanten Blick auf die Oderläufe. Auch die Besichtigung des Museums für Geschichte von Oderberg und des Grenzübergangs Oderberg gehörte zu dem eng getakteten Vormittagsprogramm, das in Kreuzenort mit der Besichtigung

der eindrucksvollen Schlossruine endete. Ein gemeinsames Mittagessen im Hotel in Benkowitz schloss sich an; anschließend gab es die Gelegenheit zu einem ausführlichen Partnerschaftsgespräch zwischen der Delegation aus NRW mit dem ehemaligen Bürgermeister Wilhelm Wollnik. Um 16 Uhr fand die feierliche Sitzung anlässlich des 20. Jahrestags der Unterzeichnung der Partnerschaftsverträge im Gemeindehaus von Kreuzenort statt, bei der zahlreiche



Die Iserlohner Paul Muschiol und Bernhard Giemsa werden begrüßt. (Foto: Teresa Banert, Archiv der Gemeinde Kreuzenort)



Die Delegation aus NRW (v. l. nach r.: Möller, Giemsa und Muschiol) vor der Kranzniederlegung (Foto: Teresa Banert, Archiv der Gemeinde Kreuzenort)



Die Delegation aus NRW bei der Kranzniederlegung (v. l. nach r.: Möller, Giemsa und Muschiol) (Foto: Teresa Banert, Archiv der Gemeinde Kreuzenort)

Grußworte verlesen, die Partnerschaftsverträge erneut unterzeichnet und damit offiziell bestätigt wurden. Anschließend begleitete die Blaskapelle des Jugendorchesters Kreuzenort alle Teilnehmer auf ihrem Weg zu den Gedenktafeln der beiden Komponisten Beethoven und Liszt; die Partnergemeinden und die Delegation aus Nordrhein-Westfalen legten dort Blumen und Kränze zum Gedenken nieder.

Paul Muschiol, Landsmannschaft Schlesien

Tag der Heimat der Landsmannschaften Schlesien, Pommern und Ostpreußen in Düsseldorf



Heiko Hendriks hält die Festrede

Foto: LM Schlesien, Kreisgruppe Düsseldorf

Zu einer gemeinsamen Feierstunde haben die Landsmannschaften der Schlesier, Pommern und Ostpreußen der Kreisgruppe Düsseldorf Anfang September in das Gerhart-Hauptmann-Haus eingeladen. Der Beauftragte der NRW-Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks hielt die Festrede. Eine zentrale Botschaft seiner Festrede lautete „Nur wer die Geschichte, und damit auch die Geschichtsfakten über die Vertreibung aus dem deutschen historischen Osten, kennt, kann auch aus ihr lernen! Es gilt, im hiesigen Schulunterricht viel stärker dieses Thema, diesen Teil der deutschen Geschichte, zu behandeln. Dies sollte selbstverständlich eingebettet werden in die Geschichte Europas des 20. Jahrhunderts. Wenn laut Erhebungen 2016 nur jeder fünfte Abiturient in NRW das Unrecht der deutschen Vertreibung aus dem historischen deutschen Osten kennt, sollte dies uns allen zu denken geben. Allein dies macht deutlich, dass ein Gedenken an Flucht und Vertreibung Millionen Deutscher nach dem Zweiten Weltkrieg immer noch wichtig ist, beziehungsweise sogar immer wichtiger wird! Schon der römische Politiker, Schriftsteller und Philosoph Cicero merkte an: „Historia magistra vitae“ – „Geschichte (ist) die Lehrmeisterin des Lebens!“

Monika Schultze, LM Schlesien, Kreisgruppe Düsseldorf

Festakt in Mohrungen (polnisch Morąg)



Während der Festveranstaltung: LO-Sprecher Stephan Grigat zeichnet Urszula Manka mit der Goldenen Ehrennadel des BdV aus Bild: E.G.

Am 26. August feierte der Verein der Deutschen Bevölkerung „Herder“ in Mohrungen sein 25-jähriges Bestehen. Der Festakt fand in der Johann-Gottfried-Herder-Aula im Leon-Kruczkowski-Lyzeum in Mohrungen statt.

Die Gäste der Veranstaltung wurden von der Vorsitzenden Urszula Manka begrüßt, die den deutschen Verein seit 25 Jahren leitet. Sie wurde während der Veranstaltung von Stephan Grigat, dem Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und Vizepräsidenten des Bundes der Vertriebenen (BdV), mit der Goldenen Ehrennadel des BdV geehrt für ihre jahrelange Tätigkeit und ihre Verdienste um die Deutsche Minderheit in Mohrungen.

„Herder“ ist am 19. August 1992 gegründet worden. Der Vorstand wählte für die Organisation den Namen „Verein der Deutschen Bevölkerung ‚Herder‘ in Mohrungen“. Im Herbst entstand die zweisprachige Satzung des Vereins. Im Oktober 1992 wurde dann bei der Versammlung der deutschen Gesellschaften der Verband der deutschen Gesellschaften im ehemaligen Ostpreußen (heute Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masurien) ins Leben gerufen. In dieser Versammlung bekam der Mohrunger Verein finanzielle Förderung für Deutschkurse zugesprochen, und bereits im November begann Urszula Manka mit dem Deutschunterricht.

Am 6. Juni 1993 wurde der Verein beim Gericht in Allenstein eingetragen. Die Gesellschaft ist in vielen Bereichen tätig, unter anderem in der Kultur- und Sozialarbeit. Seit einigen Jahren arbeitet der Verein mit verschiedenen Organisationen zusammen, sowohl vor Ort als auch im Landkreis und außerhalb der Republik Polen, zum Beispiel mit dem BdV Thüringen.

Teil der Mohrunger Festveranstaltung war auch der Vortrag von Fred Manthey zu Johann Gottfried Herder und Martin Luther. Herder ist eine hoch verehrte Persönlichkeit in Mohrungen und der deutsche Verein wurde auch nach ihm benannt.

Der Philosoph wurde als Sohn des Kantors und Schullehrers Gottfried Herder und dessen zweiter Ehefrau Anna Elisabeth geborene Peltz in Mohrungen am 25. August 1744 geboren. Er war ein deutscher Dichter, Übersetzer, Theologe sowie Geschichts- und Kultur-Philosoph der Weimarer Klassik sowie einer der einflussreichsten Schriftsteller und Denker deutscher Sprache im Zeitalter der Aufklärung und zählt mit Christoph Martin Wieland, Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller zum Viergestirn der Weimarer Klassik. Herder besuchte in seiner Heimatstadt die Stadtschule. Im Sommer 1762 verließ er Mohrungen und ging nach Königsberg, um Chirurg zu werden. Weder seine Geburtsstadt noch Eltern und Freunde sah er jemals wieder. In Königsberg erkannte Herder bald, dass er für den Beruf des Chirurgen ungeeignet war, und schrieb sich als Student der Theologie an der Universität Königsberg ein. Besonders beeinflussten ihn Immanuel Kant, Georg Hamann sowie die Schriften Jean-Jacques Rousseaus. Herders Hauptwerk sind die „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit (1784–1791)“. Das Werk ist eine Zusammenfassung seiner Erkenntnisse über die Erde und den Menschen, „dessen einziger Daseinszweck auf Bildung der Humanität gerichtet ist, der alle niedrigen Bedürfnisse der Erde nur dienen und selbst zu ihr führen sollen“.

Der Professor erläuterte in seinem Vortrag, warum er sich dafür entschieden hatte, Johann Gottfried Herder gerade mit Martin Luther und der Reformation zu verbinden. Er unterstrich, dass Herder sich selbst als Luthers Nachfolger, als Erbe seines Gedankengutes sah. Bei Herder ist Luthers Einfluss auf sein Denken und Handeln größer als bei anderen Philosophen und Dichtern der Weimarer Klassik. Gerade die deutsche Sprache war ein wichtiger Aspekt, denn nach Herders Auffassung hat Luther die deutsche Sprache überhaupt erst kulturfähig gemacht. Und so fasst Herder zusammen: „Er (Luther) ist's, der die deutsche Sprache, einen schlafenden Riesen, aufgeweckt und losgebunden hat. Er hat durch seine Reformation eine ganze Nation zum Denken und Gefühl erhoben.“ Luthers Begeisterung für die Sprache hat sich wohl direkt auf Herder übertragen; denn sein Werk „Abhandlung über den Ursprung der Sprache“ gilt noch heute als ein frühes Standardwerk für die deutsche Sprachwissenschaft.

Dem wissenschaftlichen Vortrag folgte das Kulturprogramm. Auf der Bühne präsentierte sich Mateusz Matlas, der den Sommerfestbesuchern sehr gut bekannt ist, mit deutschen Schlagern sowie die Künstler aus dem Deutsch-Russischen Haus in Königsberg, das gerade seine Tätigkeit aus politischen Gründen einstellen musste. Nach der Festveranstaltung gab es Gelegenheit, die Heimatstube, die sich im Mohrunger Rathaus befindet, zu besuchen. Sie entstand dank der Kreisgemeinschaft Mohrungen.

Edyta Gladkowska



Internationales Spiel- und Sportfest im September

Tausende Paderborner kommen erfahrungsgemäß zum von der Familie Temme seit 36 Jahren veranstalteten Spiel- und Sportfest auf die Paderwiesen. Inmitten von zahlreichen Kulturen kann man hier spielen, Sport machen und kulinarische Köstlichkeiten aus unterschiedlichen Ländern probieren. Ein Bühnenprogramm dient als zentrales Unterhaltungsprogramm der Begegnung von Mensch zu Mensch. Monolith e. V. ist seit 17 Jahren dabei. Es werden Spezialitäten aus der russischen oder russlanddeutschen Küche angeboten, wobei die Jugendabteilung auch typisch jugendlich Hot dogs, Zuckerwatte, Waffeln u. a. zu familienfreundlichen Preisen an den Mann bringt. Die Hütte dient als Treffpunkt und Infostand, Tanzgruppen bereichern das allgemeine Bühnenprogramm. Monolith e.V.

Paderborner Migranten-Elternarbeit für Flüchtlinge

BAMF-Projekt

PaMigEl

Paderborner Migranten-Elternarbeit
für Flüchtlinge

Projekt „PaMigEl“, gefördert über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durch Mittel des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat.

Das Projekt „Paderborner Migranten-Elternarbeit für Flüchtlinge“ dient dazu, neuzugewanderte Eltern durch Menschen mit Migrationshintergrund (Multiplikatoren) zu qualifizieren, ihre Kinder in schulischen Belangen fördern und unterstützen zu können. Etwa 15 Frauen und Männer aus unterschiedlichen Ländern mit pädagogischer Ausbildung und Erfahrung konnten gewonnen und in Basis-Seminaren und begleitenden Schulungen auf ihre Aufgabe vorbereitet werden. Mit Unterstützung der Wohlfahrtsverbände und Integrationsbeauftragten der Kommunen wurden in Delbrück, Paderborn und Salzkotten Eltern-Kind-Gruppen gebildet, in denen Flüchtlingseltern die Möglichkeit haben, sich regelmäßig zu treffen, sich auszutauschen und Hilfen für ihren Alltag zu erhalten. Parallel dazu werden in nächster Zeit Seminare für Eltern angeboten, in denen systematisch Themen, die einen Bezug zum schulischen Alltag der Familien haben, behandelt werden. Monolith e.V.



B'shayno. Willkommen.

So heißt das im Dezember 2015 gestartete dreijährige Projekt, das einen Beitrag zur Willkommenskultur in Deutschland leisten möchte! Das „Willkommen“ richtet sich an Jugendliche mit und ohne Fluchterfahrung, die die gesellschaftliche Inklusion gemeinsam gestalten möchten. Im Mittelpunkt steht die Vermittlung und Begleitung von peer-to-peer-Patenschaften. Die Patenschaften setzen sich zusammen aus Jugendlichen mit assyrischem/aramäischem Migrationshintergrund und jungen Geflüchteten. Jugendliche und junge Erwachsene mit eigenem Migrationshintergrund fungieren in diesem Zusammenhang als Paten für junge Geflüchtete, besonders aus dem Irak und Syrien. Dabei nehmen die jugendlichen Paten die Funktion des Integrationslotsen ein.



Quelle: Nora Liebetreu

Die peer-to-peer-Patenschaften erhalten die Möglichkeit ihre Freizeit gemeinsam zu gestalten: Vom Kinobesuch über sportliche Aktivitäten bis hin zum Erlernen von Musikinstrumenten - das Projekt unterstützt die Ideen und Wünsche der Jugendlichen inhaltlich und finanziell. Parallel zu den Patenschaften sind Qualifizierungsmaßnahmen und Austauschtreffen für die Paten und ihre Begleitung fester Bestandteil des Projekts. Sie erfolgen über den gesamten Projektzeitraum.

Die Paten werden durch das Projekt an das Ehrenamt und die damit verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten herangeführt und lernen die gesellschaftliche Bedeutung von sozialem Engagement kennen. Durch die Qualifizierungsangebote und die Übernahme der Patenschaft entwickeln die Jugendlichen soziale Kompetenzen, wie Verantwortungsbewusstsein und Teamfähigkeit.

5 Mitteilungen von Stiftungen, Verbänden und Vereinen in Nordrhein-Westfalen



Quelle: djo NRW und AJM e.V.

Die jungen Geflüchteten wiederum erhalten Unterstützung bei ihrer gesellschaftlichen Integration. Besonders der Kontakt zu Gleichaltrigen hat ein hohes inklusives Potenzial: Die gemeinsamen Aktionen fördern die gesellschaftliche Teilhabe, geben Orientierung und fördern die Sprachkompetenz.

Viele Jugendliche und junge Geflüchtete haben durch das Projekt erstmalig von Vereins- und/oder Jugendverbandsarbeit erfahren. Ausgehend von den Patenschaften ist ein großer Pool an Ehrenamtlichen entstanden, Letztlich zielen die gemeinsamen Projekte und die interkulturellen Begegnungen auf das Fördern von Toleranz ab. Das Miteinander des Projekts unterstützt das gegenseitige Kennen- und Voneinander-Lernen und schafft somit Respekt zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft. Das Projekt ermöglicht ein Miteinander, gegenseitiges Verständnis und bietet eine jugendgerechte Möglichkeit des Austausches!

Nora Liebetreu, Projektleitung B'shayno. Willkommen



Informieren – Begleiten – Integrieren“

Mit dem Projekt „Informieren – Begleiten – Integrieren“, das der Verein „Integral e.V.“ seit September 2017 mit finanzieller Unterstützung des Landes durchführt, sollen insbesondere örtliche Sportvereine Flüchtlingen und deren Familien eine kostenlose Mitgliedschaft ermöglichen. Erwachsene, Jugendliche, Kinder und Familien sollen die Möglichkeit erhalten, sowohl in einzelnen Sport-/Gymnastikkursen kostenlos mitzumachen als auch im Mannschaftssport (Fußball, Badminton, Handball usw.) Das Projekt wird vom Stadtsportverband Erkrath unterstützt. Viele Erkrather Sportvereine machen bei diesem Projekt mit. Eine erfolgreiche Werbung in verschiedenen Sprachen hat dazu geführt, dass sich inzwischen über 50 Flüchtlinge für verschiedene Sportarten interessieren und angemeldet haben.

Pavel Vaysman

Pavel Vaysman,
Telefon 0 2104 209716,
Mail info@integral-ev.de
Internet www.integral-ev.de

6

Veröffentlichungen

Das Jahrbuch Weichsel-Warthe 2019 ist erschienen!

Das Motto des diesjährigen Jahrbuchs sind „Der Großpolnische Aufstand 1919 und die Wiedererhebung Polens“. U. a. beschäftigen sich die Vignetten mit diesem Thema.

Das Titelbild zeigt eines der zahlreichen Erinnerungsdenkmäler an die Aufständischen in Posen, seitlich umgeben von zwei deutschen Denkmälern in Frankfurt/ O. und ein ehemaliges Heldengrab in Unruhstadt (Kargowa). Für die LWW bedeuteten der Aufstand und die Wiedererhebung den Beginn der Vorgeschichte ihrer Entstehungsgeschichte.

Auch das Kalendarium nimmt sich des Titelthemas an und zeigt auf den Monatsseiten Bilder aus den Phasen der Wiedererhebung Polens und einige der wenigen überlieferten deutschen Bilddokumente aus dieser Umbruchzeit. In einem gesonderten Text zu den Vignetten stellt Dr. Sprungala die Hintergründe für die Bildauswahl dar. Das geistliche Wort schrieb auch in diesem Jahr Altbischof Dr. Johannes Launhardt. Es folgt von Dr. Martin Sprungala der Nachruf auf den langjährigen Landesvorsitzenden in Niedersachsen, Georg Husak.

In dem obligatorischen Kalendarium wird das Titelthema bildlich aufbereitet und die „Bunten Seiten“ dokumentieren die Aktivitäten der LWW im Jahr 2017/18 und die Bundesversammlung und Bundeskulturtagung 2018 in Fulda. Die ersten Beiträge widmen sich direkt dem Titelthema. Martin Sprungala zitiert aus einer Quelle von Zeitzeugen „Schulchronikberichte über den Großpolnischen Aufstand im Südwesten des Posener Landes“ und ergänzt sie durch eine höchst seltene Sammlung von Fotos aus dieser kleinen Region. „Die Lage im Kreis Kolmar bei Beendigung des 1. Weltkrieges“ stellt Wilhelm Tappert vor. Weitere seltene Dokumente und Bilder stellen Stefan Petriuk und Martin Sprungala in dem Beitrag über „Die kurze polni-

sche Besetzung Unruhstadts (1919)“ vor. Die Eroberung der Posener Städte lief höchst unterschiedlich ab und das deutsche Militär hat sich dabei nicht unbedingt mit Ruhm bekleckert, wie das Beispiel „Wie Neutomischel polnisch wurde“ von Martin Sprungala belegt. Auch damals bereits organisierten sich die bedrängten Deutschen und „In Birnbaum (Miedzzychód) wurde der „Deutsche Heimatbund Posener Flüchtlinge“ gegründet“.



Es folgen Beiträge und Gedanken zur Arbeit der Landsmannschaft Weichsel-Warthe. Bei der Feier „60 Jahre Patenschaft Heimatkreis Wollstein – Landkreis Uelzen“ im Herbst 2017 hielt Gudrun Backeberg diesen Rückblick auf 60 Jahre Arbeit.

Das Buch enthält weitere spannende Texte, unter anderem über die Ausstellung „Deutsche und andere Bewohner von Meseritz“ oder die Arbeit von „Marian Sobkowiak und der schwierige Weg zur Versöhnung, über polnische Literaten, polnische Juden, aber auch über Sinti und Roma. Ein ganz besonderes Ergebnis aus der aktuellen Arbeit der LWW stellt Martin Sprungala vor mit „Faszination Familienforschung. Die Posener Familie Lefeber“. Es folgen die Autorenkurzbiographien, die Anschriften der LWW-Organisationen und Einrichtungen sowie Schrifttumhinweise und die Jahrbuchpaten.

6 Veröffentlichungen

Der Bezugspreis beträgt für das Einzelexemplar 10,50 € (europäisches Ausland und Übersee 13,50 €), bei Abnahme von 3-9 Exemplaren je 9 € und von mehr als 10 Exemplaren je 8,45 €. Verwenden Sie bitte den Überweisungsvordruck und überweisen Sie den Bezugspreis oder fordern Sie Exemplare bei der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V., 65185 Wiesbaden, Friedrichstr. 35 III., Tel. 0611/379787 gegen Rechnung an.

Dr. Martin Sprungala (gekürzt)

Lyrikband „schmerz-wort-tropfen“ von Artur Rosenstern

Seit nunmehr fünf Jahren verfolge ich Artur Rosensterns Publikationen in Periodika. Im Gegensatz zu seiner eher heiteren Prosa ist seine Lyrik von stilsicherem Tiefgang geprägt. Präzise und bildhaft verfasst er seine Gedichte. Er malt, kreierte eigene Wortschöpfungen, die treffsicher sind.

Wortmalerei und Wortklang sind für Rosensterns Lyrik stilprägend, genauso das Reflektieren über die ewigen Themen - Liebe, Zeit, Krieg, Glück und Hoffnung. Der Buchtitel „schmerz-wort-tropfen“ entstammt einem gleichnamigen Gedichtzyklus, der mit dem Gedicht schmerz beginnt:

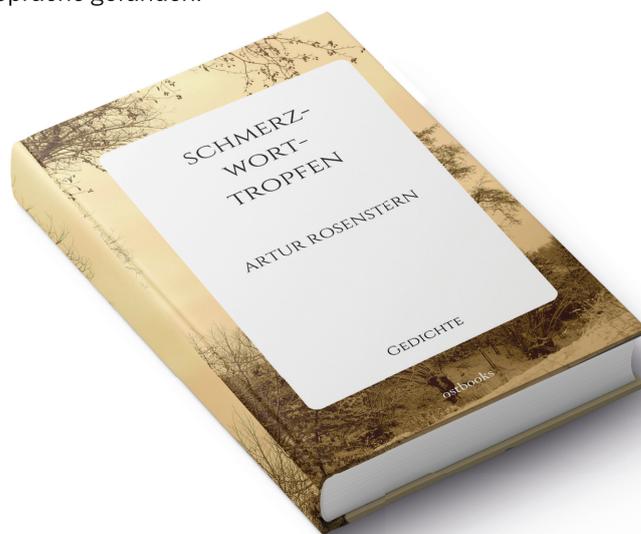
*schmerz / der andauert / zwingt zur feder / lähmt den
alltag / verhilft dem künstler / zur geburt / lobet den
schmerz*

Satzzeichenfreie Zeilen durch einen scheinbar zufälligen Zeilenumbruch von einer Zeile in die andere fließen lassen, gehört zu den Merkmalen zeitgenössischer Lyrik. Der Autor konfrontiert den Leser mit durchgehender Kleinschreibung, unerwarteten Worttrennungen und Zeilenumbrüchen, die die ganze Aufmerksamkeit des Lesers erfordern. Die Spannung entsteht bereits mit den ersten Worten, beim Versuch, die äußere Struktur des Textes zu erfassen. Erst beim wiederholten Lesen eines Gedichts entdeckt der Leser die Nuancen, die zwischen den Zeilen versteckt zu sein scheinen, und nähert sich den tiefsinnigen Gedanken des Autors. So enthält z. B. das Gedicht falsche zeit – falscher ort Reminiszenzen und Bilder aus der Kindheit des lyrischen ICHs, das, seinen Träumen folgend, das Elternhaus verließ, um das Glück in der weiten Welt zu suchen, und nun, nach einer halben Ewigkeit, endlich die Trauer der Mutter von damals begreift, die, aus eigenen Erfahrungen um die

„Brüchigkeit der Träume“ wissend, ihren Sohn dennoch ungehindert hatte träumen lassen. Leise und unaufdringlich klingt hier das schwere Los der Deutschstämmigen in Russland während des Zweiten Weltkriegs an, die frühe, leidvolle Erfahrung der Mutter, unverschuldet zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein.

Die Gedichte von Rosenstern sind präzise durchdacht und zugleich maximal verdichtet, oft mehrdeutig, beinhalten eine klare Struktur und wunderschöne Bilder – all das sind Merkmale der hohen Dichtkunst. Rosenstern nimmt den Leser mit auf den steinigen Acker der Poesie, offenbart ihm seine Gedanken- und Gefühlswelt, gewährt ihm Einblick in seine literarische Küche.

Als Lyriker hat Rosenstern seine eigene, unverwechselbare Sprache gefunden.



Agnes Gossen-Giesbrecht, Mitglied im Verband deutscher Schriftsteller (gekürzt) SCHMERZ-WORT-TROPFEN ostbooks verlag, 96 Seiten, ISBN 978-3-947270-00-2 Preis: 10,00 Euro

Impressum Rundschreiben

Herausgeber und V.i.S.d.P.

Landesbeirat für Vertriebenen-,
Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen
beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

40190 Düsseldorf
Telefon 0211 896-48 74
Email: valeria.diewald@mkw.nrw.de

www.mkw.nrw.de
www.landesbeirat.nrw.de

Druck: Hausdruck

Gestaltung: STORMS MEDIA, Erkelenz

Diese Publikation kann per E-Mail bestellt werden:
valeria.diewald@mkw.nrw.de

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom
Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der
vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Veröffentlichte Beiträge decken sich nicht immer
mit den Ansichten des Herausgebers. Sie dienen
dem freien Meinungs-austausch der Mitglieder von
Vertriebenen- und (Spät-)aussiedlerverbänden.

© MKW, Dezember 2018



Landesbeirat für Vertriebenen-,
Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen
beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

40190 Düsseldorf
Telefon 0211 896-4874

www.landesbeirat.nrw.de
www.mkw.nrw.de